

**RHEINISCH-WESTFÄLISCHE STERBEKASSE**

Lebensversicherung Aktiengesellschaft

Lindenallee 74 · 45127 Essen · Telefon (0201) 247 99 – 0

**RWSt**

Ein Unternehmen der AXA Gruppe

---

---

**B e r i c h t**

**ü b e r d a s**

**G e s c h ä f t s j a h r**

**2 0 1 0**

---



## **Geschäftsbericht 2010**

### **11. Geschäftsjahr**

Vorgelegt der  
ordentlichen  
Hauptversammlung  
am 04. April 2011

---

**Rheinisch-**

**Westfälische**

**Sterbekasse**

**Lebensversicherung**

**Aktiengesellschaft**

Geschäftsstelle:

Lindenallee 74

45127 Essen

Telefon: (0201) 247 99-0

Telefax: (0201) 247 9999

---

---

Im Jahr 2001 hat die  
Rheinisch-Westfälische Sterbekasse Lebensversicherung AG  
das gesamte Vermögen und den Geschäftsbetrieb des  
Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit  
Rheinisch-Westfälische Sterbekasse VVaG  
übernommen.

Sie steht damit in der Tradition des 1888 ursprünglich für die  
Beamten der Stadt Essen gegründeten Versicherungsvereins  
auf Gegenseitigkeit, einer der ältesten Selbsthilfeeinrichtungen.

---

---

## Inhalt

---

|   |    |
|---|----|
| Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010  | 6  |
| Ergebnisabführung und Gewinnverwendungsvorschlag                                    | 19 |
| Bilanz zum 31. Dezember 2010  | 20 |
| Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010        | 22 |
| Anhang  | 23 |
| Allgemeines   | 23 |
| Erläuterungen zur Bilanz  | 26 |
| Entwicklung der Aktivposten A, B I bis II im Geschäftsjahr 2010                     | 26 |
| Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung                                       | 35 |
| Überschussbeteiligung   | 38 |
| Sonstige Angaben  | 39 |
| Aufsichtsrat, Vorstand und Treuhänder   | 40 |
| Persönliche Aufwendungen und Personalbestand  | 41 |
| Konzernvermerk  | 42 |
| Anlage zum Lagebericht  | 43 |
| Bewegung des Bestands an Sterbegeld- und Zusatzversicherungen im Geschäftsjahr 2010 | 43 |
| Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers  | 44 |
| Bericht des Aufsichtsrats   | 45 |

### **Geschäfts- und Rahmenbedingungen**

Das Geschäftsjahr 2010 stand im Zeichen einer weltweiten Konjunkturbelebung. Besonders die deutsche Wirtschaft ist im vergangenen Jahr wieder kräftig gewachsen. Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes nahm das Bruttoinlandsprodukt (BIP) preisbereinigt um 3,6 % zu. Mit ihrem deutlichen Wachstum hat sich die deutsche Wirtschaft somit überraschend schnell von der stärksten Rezession der Nachkriegszeit erholt. Diese hatte im Jahr 2009 zu einem preisbereinigten Rückgang des BIP um 4,7 % geführt.

Als wichtige Stütze des konjunkturellen Aufschwungs erwies sich der Außenhandel. So nahmen die Exporte preisbereinigt um 14,2 % und die Importe um 13,0 % zu. Deutliche Wachstumsimpulse kamen aber auch aus dem Inland. Die privaten Konsumausgaben stiegen im Berichtsjahr preisbereinigt um 0,5 %, die staatlichen sogar um 2,2 %.

Die Entwicklung an den Finanzmärkten war erneut von Turbulenzen geprägt. Vor allem die 2010 bekannt gewordenen hohen Staatsdefizite Griechenlands und einiger anderer südeuropäischer Länder sowie Irlands erschütterten das Vertrauen vieler Anleger in die Staatspapiere dieser Länder und lösten teilweise sogar eine Spekulationswelle gegen sie aus. Demgegenüber waren deutsche Staatsanleihen als „sicherer Hafen“ verstärkt nachgefragt. Die Kehrseite der weltweit hohen Nachfrage nach deutschen Zinspapieren waren historisch niedrige Zinssätze, die der Versicherungswirtschaft die Kapitalanlage zu attraktiven Renditen erschwerten.

Der deutsche Arbeitsmarkt profitierte von der starken wirtschaftlichen Erholung. Die nach dem Schema der internationalen Arbeitsorganisation ILO (International Labour Organization) der Vereinten Nationen ermittelte Zahl der Erwerbslosen ging nach vorläufigen Schätzungen um 9,2 % auf 2,9 Millionen zurück.

Das gesamte Volkseinkommen erhöhte sich 2010 um 6,0 % auf 1,9 Billion Euro und verzeichnete damit den größten Zuwachs seit 1992. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte erhöhte sich 2010 um 2,6 %.

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland ist im Jahresdurchschnitt 2010 um 1,1 % gestiegen. Damit lag die Jahresteuersatzrate zwar deutlich höher als im Vorjahr (+ 0,4 %). Im längerfristigen Vergleich seit 1999 war sie 2010 jedoch noch weit unter den jährlichen Teuerungsraten der meisten Jahre.

### **Versicherungswirtschaft erneut mit deutlichem Beitragswachstum**

Die deutsche Versicherungsbranche verzeichnete im Geschäftsjahr 2010 wiederum einen deutlichen Beitragsanstieg. Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) geht von einem Zuwachs von 4,7 % auf 180 Mrd. Euro aus. Die Lebensversicherung einschließlich Pensionskassen und Pensionsfonds nahm dabei um 6,8 % auf 91 Mrd. Euro zu. Der Hauptgrund für dieses überdurchschnittliche Wachstum waren wie im Vorjahr die hohen Einmalbeiträge in der Lebens- und Rentenversicherung.

Weitere wichtige Themen für die Branche waren das Niedrigzinsniveau und die grundlegende Reform des europäischen Versicherungsaufsichtsrechts Solvency II. Angesichts der anhaltenden Niedrigzinspolitik der Notenbanken und der daraus resultierenden niedrigen Erträge aus Kapitalanlagen fordert die Versicherungswirtschaft im Interesse der Kunden eine Rückkehr zu einem „normalen“ Zinsumfeld. Deutlichen Nachbesserungsbedarf sehen die Versicherer bei der Umsetzung von Solvency II und sprechen sich unter anderem für eine Vereinfachung bei der Berichterstattung sowie den Risikomodellen und dem Risikomanagement aus.

## **Geschäftsverlauf und Lage des Unternehmens**

Die Rheinisch-Westfälische Sterbekasse Lebensversicherung Aktiengesellschaft (RWSt) mit Sitz in Essen steht als Rechtsnachfolger in der Tradition einer der ältesten Selbsthilfeeinrichtungen, des 1888 ursprünglich für die Beamten der Stadt Essen gegründeten Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit „Rheinisch-Westfälische Sterbekasse“.

Die RWSt ist ausschließlich im Bereich der Sterbegeldversicherung bundesweit tätig und untersteht der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Die WinCom Versicherungs-Holding AG, Köln, als Rechtsnachfolgerin der DBV Holding AG, Wiesbaden, hält 100 % am Grundkapital unserer Gesellschaft.

Im Berichtsjahr hat sich die RWSt positiv weiterentwickelt. Das Neugeschäft wurde im Wesentlichen über die Vertriebswege der AXA Versicherungsunternehmen zugeführt. Es konnte im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesteigert werden. Damit haben wir ein merkliches Bestands- und Beitragswachstum erreicht. Die ausgezahlten Leistungen haben entsprechend dem Bestandswachstum zugenommen.

Der Anstieg der Nettoerträge aus den Kapitalanlagen ist durch das deutliche Wachstum der Kapitalanlagen bedingt. Der Verwaltungskostensatz konnte mit 3,0 % auf dem Niveau der Vorjahre gehalten werden.

Im Hinblick auf die langfristige Entwicklung auf den Kapitalmärkten wurde der Rechnungszins für die Berechnung der Deckungsrückstellung des Altbestands von 3,45 % auf 3,35 % mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde gesenkt. Die entsprechende Stärkung der Deckungsrückstellung konnte aus dem Geschäftsergebnis finanziert werden.

## **Steuerliche Verhältnisse**

Seit dem 01.01.2009 besteht eine ertragsteuerliche Organschaft mit der AXA Beteiligungs-Gesellschaft mbH.

## **Bewegung des Bestands an Sterbegeld- und Zusatzversicherungen**

Im Jahr 2010 wurden 6.447 Sterbegeldversicherungen neu abgeschlossen. Die neu zugegangene Versicherungssumme konnte auf 31,6 Mio. Euro gesteigert werden (+49,2 % gegenüber Vorjahr). Die Stornoquote (vorzeitiger Abgang im Verhältnis zum mittleren Bestand) betrug 2,0 % (im Vorjahr 2,1 %).

Der Bestand stieg auf 115.195 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 437,7 Mio. Euro (+ 4,2 %).

## **Beiträge**

Die verdienten Beiträge erreichten insgesamt den Betrag von 17,0 Mio. Euro im Vergleich zu 16,4 Mio. Euro im Vorjahr. Dies entspricht einer Steigerung um 3,5 %.

## **Leistungen**

Die Leistungen (Aufwendungen für Versicherungsfälle, Rückgewährbeträge, Austrittsvergütungen und Regulierungsaufwendungen einschließlich Überschussbeteiligung) betragen 9,7 Mio. Euro im Vergleich zu 8,7 Mio. Euro im Vorjahr und erhöhten sich damit um 11,1 %.

## **Kosten**

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb betragen insgesamt 1.458 Tsd. Euro gegenüber 1.091 Tsd. Euro im Vorjahr. Die absolute Erhöhung ist durch das stark angestiegene Neugeschäft und die entsprechend erhöhten Abschlussaufwendungen bedingt. Die Verwaltungsaufwendungen sind dagegen nur moderat erhöht.

Der Verwaltungskostensatz – gemäß dem Kennzahlenkatalog für die Lebensversicherungsunternehmen – lag damit bei 3,0 % der gebuchten Beiträge (im Vorjahr 2,8 %).

## Kapitalanlagen

Im Laufe des Jahres 2010 hat sich die Situation auf den internationalen Kapitalmärkten zunehmend entspannt. Das vergangene Geschäftsjahr war jedoch geprägt von den Sorgen um die Zahlungsfähigkeit einiger europäischer Länder. Die Schuldenkrise in der Eurozone spiegelte sich vor allem in einem deutlich gesunkenen Zinsniveau und der entsprechenden Wertsteigerung der festverzinslichen Wertpapiere wider. Dem entgegen stiegen die Risikoaufschläge vereinzelter Rentenpapiere und glichen zum Teil die genannte Wertsteigerung aus.

Die Aktienmärkte entwickelten sich im vergangenen Geschäftsjahr unterschiedlich. Während der DAX einen positiven Trend aufweist, sank der EURO STOXX geringfügig.

Im vergangenen Geschäftsjahr blieben die Leitzinsen im US-Raum wie im Vorjahr unverändert bei Null bis 0,25 %. Im Euro-Raum blieb der Leitzinssatz der EZB ebenfalls unverändert bei 1 %. Der Zinssatz für 10-jährige Bundesanleihen erreichte im August mit 2,1 % seinen historischen Tiefstand und stieg bis Ende Dezember wieder auf ein Niveau von rund 3 % an.

Die RWSt hat auf die Erholung der Kapitalmärkte entsprechend reagiert und hat durch ein konservatives, renditeorientiertes Kapitalanlagenportfolio die an ihre Kunden gegebenen Leistungsversprechen erfüllt. Zudem nutzte die RWSt die Vorteile als Unternehmen eines internationalen Versicherungskonzerns, um die zur Verfügung stehenden Mittel in Kapitalanlagen mit attraktiven Konditionen zu investieren. Im Geschäftsjahr 2010 wurden verstärkt Investitionen in Staatsanleihen der Euro-Kernländer und Schuldscheindarlehen der Bundesländer vorgenommen.

Die Kapitalanlagen der RWSt erhöhten sich im Berichtsjahr von 137,8 Mio. Euro um 7,9 % auf 148,7 Mio. Euro. Den Schwerpunkt bildeten weiterhin festverzinsliche Wertpapiere sowie Schuldscheindarlehen und Namenspapiere. Derivative Finanzinstrumente zur Absicherung von Währungsrisiken, Zinsrisiken und Börsen-, Marktpreis- oder sonstigen Preisschwankungen wurden im Geschäftsjahr nicht eingesetzt.

Die Bewertungsreserven als Differenz zwischen dem aktuellen Marktwert und dem Buchwert beliefen sich zum 31. Dezember 2010 auf -1,0 Mio. Euro (2009: -2,5 Mio. Euro) und beziehen sich nahezu vollständig auf Schuldscheindarlehen und festverzinsliche Wertpapiere. Die Erhöhung der Bewertungsreserven gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der Marktzinsveränderung für die verzinslichen Vermögenswerte. Diese führte zu steigenden Kursen bei den im Bestand befindlichen Rententiteln.

## Struktur der Kapitalanlagen

In Tsd. Euro

|  | Buchwerte<br>2010 | Anteil am<br>Bestand | Zeitwerte<br>2010 | Buchwerte<br>2009 | Anteil am<br>Bestand | Zeitwerte<br>2009 |
|--|-------------------|----------------------|-------------------|-------------------|----------------------|-------------------|
| - Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten                    | 345               | 0,23%                | 374               | 376               | 0,27%                | 376               |
| - Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 39.956            | 26,88%               | 39.169            | 39.133            | 28,39%               | 39.542            |
| - Hypotheken, Grund- und Rentenschuldforderungen                       | 0                 | 0,00%                | 0                 | 58                | 0,04%                | 58                |
| - Namensschuldverschreibungen  | 25.000            | 16,82%               | 25.926            | 21.301            | 15,46%               | 21.970            |
| - Schuldscheinforderungen und Darlehen                                 | 73.100            | 49,18%               | 74.741            | 67.100            | 48,69%               | 66.955            |
| - übrige Ausleihungen  | 8.000             | 5,38%                | 5.230             | 8.000             | 5,80%                | 4.520             |
| - Einlagen bei Kreditinstituten  | 2.250             | 1,51%                | 2.250             | 1.850             | 1,34%                | 1.850             |
| <b>Summe</b>   | <b>148.651</b>    | <b>100,0%</b>        | <b>147.690</b>    | <b>137.818</b>    | <b>100,0%</b>        | <b>135.271</b>    |

## Struktur der Zugänge

In Tsd. Euro

|  | Zugänge<br>2010 | Abgänge<br>2010 | Nettozugang<br>2010 |
|--|-----------------|-----------------|---------------------|
| - Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 9.032           | 8.209           | 823                 |
| - Hypotheken, Grund- und Rentenschuldforderungen                       | 0               | 58              | -58                 |
| - Namensschuldverschreibungen  | 6.000           | 2.301           | 3.699               |
| - Schuldscheinforderungen und Darlehen                                 | 6.000           | 0               | 6.000               |
| - übrige Ausleihungen  | 0               | 0               | 0                   |
| - Einlagen bei Kreditinstituten  | 400             | 0               | 400                 |
| <b>Summe</b>   | <b>21.432</b>   | <b>10.568</b>   | <b>10.864</b>       |

## Kapitalerträge

Die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen stiegen durch den erhöhten Kapitalanlagebestand von 5,6 Mio. Euro im Vorjahr auf 6,0 Mio. Euro im Berichtsjahr.

Die laufende Verzinsung betrug 3,99 % (im Vorjahr 4,09 %). Die Nettoverzinsung belief sich auf 3,93 % (im Vorjahr 4,34 %).

## Einfluss der wesentlichen Gewinn- und Verlustquellen

Risikoverlauf und Ertrag der Kapitalanlagen bestimmten im Wesentlichen das Geschäftsergebnis. Die tatsächlichen Aufwendungen für die ausgezahlten Sterbegelder lagen bei 51,3 % (im Vorjahr 49,6 %) der nach den Rechnungsgrundlagen des Sterbegeldtarifs zu erwartenden Summe. Der laufende Ertrag aus den Kapitalanlagen überstieg die rechnungsmäßigen Zinsen. Die tatsächlichen Abschlussaufwendungen sind durch die eingerechneten Abschlusskosten gedeckt, die Verwaltungsaufwendungen blieben deutlich unterhalb der rechnungsmäßig zur Verfügung stehenden Mittel.

## Geschäftsergebnis

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss von 100 Tsd. Euro erzielt, der aufgrund des Gewinnabführungsvertrages an die WinCom Versicherungs-Holding AG als Rechtsnachfolgerin der DBV Holding AG abgeführt wurde. Der Bilanzgewinn in Höhe von 90 Tsd. Euro resultiert aus dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr. Der Hauptversammlung soll vorgeschlagen werden, diesen Betrag auf neue Rechnung vorzutragen.

## Risiken der zukünftigen Entwicklung

Einschätzungen der zukünftigen Entwicklung unseres Unternehmens beruhen in erster Linie auf Planungen, Prognosen und Erwartungen. Dementsprechend kommen insbesondere in der Berichterstattung über die Risiken und die künftige Entwicklung der RWSt allein unsere Annahmen und Ansichten zum Ausdruck.

Wie durch § 64 a VAG gefordert, verfügen wir über ein der Größe unserer Gesellschaft angemessenes Risikomanagementsystem.

Als Risiko wird gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement für Versicherungsunternehmen (MaRisk VA) die Möglichkeit des Nichterreichens eines explizit formulierten oder sich implizit ergebenden Zieles verstanden. Dies schließt die Risikodefinition des Deutschen Rechnungslegungsstandards zur Risikoberichterstattung (DRS 5) ein, innerhalb dessen Risiken als negative künftige Entwicklung der wirtschaftlichen Lage im Vergleich zur Situation am Bilanzstichtag definiert sind.

Grundsätzlich kann zwischen folgenden Risiken unterschieden werden:

- versicherungstechnische Risiken,
- Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft,
- Risiken aus Kapitalanlagen,
- operationale und sonstige Risiken.

Im Folgenden werden unsere Organisationseinheiten des Risikomanagements und der Risikomanagementprozess aufgezeigt. Darüber hinaus wird unsere Risikosituation insbesondere entsprechend dem Deutschen Rechnungslegungsstandard zur Risikoberichterstattung von Versicherungsunternehmen (DRS 5-20) dargestellt.

## Organisationseinheiten des Risikomanagements

Das Risikomanagement der RWSt ist in das konzernweite Risikomanagementsystem der AXA Deutschland eingebunden.

Aufgrund der Komplexität des Versicherungsgeschäftes ist die Risikomanagementfunktion der RWSt auf verschiedene Organisationseinheiten und Gremien verteilt. Kontrollgremium ist der Aufsichtsrat als den Vorstand überwachendes Organ. Der Vorstand wie auch das Risikokomitee als Gremium des Gruppenvorstandes sind zuständig für die risikopolitische Ausrichtung der RWSt sowie die Implementierung eines funktionierenden angemessenen Risikomanagements und dessen Weiterentwicklung. Darüber hinaus existiert die Risikorunde als zentrales Kommunikationsgremium für Risikothemen auf Geschäftsbereichsebene und das Compliance and Operational Risk Committee als zentrales Kommunikationsgremium für Themen zu Compliance- und operationalen Risiken. Zusätzlich werden risikorelevante Themen in diversen Spezialgremien, wie zum Beispiel dem Business Continuity Management Committee und Asset Liability Committee, besprochen.

Zur Risikomanagementfunktion gehörende Organisationseinheiten sind

- der Bereich Value & Risk Management (zentrales Risikomanagement),
- die Risikoverantwortlichen für die Steuerung und Kontrolle der Risiken in ihrem jeweiligen Unternehmensbereich (dezentrales Risikomanagement),
- der dezentrale Risikomanager pro Ressort für die Koordination aller risikorelevanter Themen innerhalb des Ressorts und
- der Verantwortliche Aktuar sowie
- die interne Revision als unabhängige Prüfinstanz.

Der Chief Risk Officer der AXA Deutschland stellt die zeitnahe Kommunikation risikorelevanter Themen durch regelmäßige Berichterstattung an das Risikokomitee innerhalb der Gremiensitzungen bzw. ad hoc sicher.

## Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement der RWSt erfolgt unter Beachtung gesetzlicher, aufsichtsrechtlicher und innerbetrieblicher Vorgaben. Der Risikomanagementprozess der RWSt setzt sich aus Risikoidentifikation, Analyse und Bewertung, Risikosteuerung sowie Risikoüberwachung und Kommunikation/Berichterstattung zusammen.

**Risikoidentifikation:** Die vollständige Erfassung aller Risiken erfolgt in Form von Risikopolicen. Hierbei werden die identifizierten wesentlichen Risiken inklusive deren aufbau- und ablauforganisatorischen Regelungen dokumentiert. Die regelmäßige Risikoidentifikation erfolgt innerhalb der mindestens quartalsweise stattfindenden Risikogremiensitzungen, durch die Aktualisierung der Risikopolicen und im Rahmen der strategischen Planung. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit der Ad-hoc-Berichterstattung direkt an das zentrale Risikomanagement. Risiken neuer Kapitalmarkt- und Versicherungsprodukte werden im Rahmen des standardisierten Product Approval Process (PAP) von dem Bereich Value & Risk Management unabhängig auf alle wesentlichen internen und externen Risikoeinflussfaktoren untersucht sowie deren Auswirkungen auf das Gesamtrisikoprofil bewertet. Des Weiteren gibt es zur Identifikation operationaler Risiken einen jährlichen Risikoerhebungsprozess auf Basis einer Befragung der Vorstandsmitglieder und des Top Managements und einer Bewertung von den jeweiligen operativen Ansprechpartnern.

**Risikoanalyse und Bewertung:** Alle wesentlichen quantifizierbaren Risiken im Sinne des Solvency II Ansatzes werden mit Hilfe der Methodik des ökonomischen Risikokapitalmodells bewertet. Für alle anderen wesentlichen Risiken erfolgt eine qualitative Einschätzung und zum Teil eine quantitative Bewertung außerhalb des Risikokapitalmodells.

**Risikosteuerung:** Unter Risikosteuerung wird die Umsetzung von konkreten Maßnahmen zur Bewältigung der Risikosituation der RWSt zusammengefasst. Dazu zählen Risikovermeidung, Risikominderung, Risikoabsicherung und Risikoweitergabe sowie das Tragen bzw. die bewusste Inkaufnahme von Risiko. Die Entscheidung, welche Maßnahme im speziellen Fall durchgeführt wird, erfolgt durch Abwägung des Risiko-/Ertragsprofils sowie durch Beachtung der Risikotragfähigkeit bzw. der Bereitschaft des Vorstandes, bestimmte Risiken zu übernehmen.

**Risikoüberwachung und Kommunikation/Berichterstattung:** Die Risikoüberwachung erfolgt im Rahmen des Risikomanagements, zum Beispiel durch Nachverfolgung von Frühwarnindikatoren. Neben der Ergebnisberichterstattung zum ökonomischen Risikokapital wird auf Konzernebene regelmäßig ein Risikobericht verfasst, der den Vorständen der Versicherungsgesellschaften vorgelegt und an das dezentrale Risikomanagement, das Audit Committee und die Aufsichtsbehörde übermittelt wird. Zusätzlich sind sofortige Berichterstattungspflichten, bspw. bei Erreichen definierter Schwellenwerte, implementiert. Risikorelevante Themen werden darüber hinaus im Rahmen des quartalsweisen Risikokomitees besprochen, die zuvor innerhalb der ebenfalls quartalsweise stattfindenden Risikogremiensitzungen „Risikorunde“ und „Compliance and Operational Risk Committee“ diskutiert worden sind.

## Versicherungstechnische Risiken

Die RWSt betreibt als Sterbekasse ausschließlich die Sterbegeldversicherung.

Die spezifischen Risiken aus dem Lebensversicherungsgeschäft aus Unternehmenssicht sind biometrische Risiken, Risiken aus Kundenverhalten sowie Kosten- und Zinsgarantierisiken. Ferner bestehen noch spartenspezifische Risiken aus Rechtssprechung und Gesetzgebung.

## Biometrische Risiken

Biometrische Risiken entstehen aus Veränderungen biometrischer Annahmen zur Sterblichkeit. Sinkende Sterblichkeiten, bewirkt z.B. durch verbesserte medizinische Versorgung, führen bei Sterbegeldversicherungen zu einer Erhöhung der Sicherheitsmarge. Eine Erhöhung der Sterblichkeit, etwa hervorgerufen durch Epidemien, hätte wiederum einen gegenläufigen Effekt.

Die RWSt steuert biometrische Risiken durch ihre Produktgestaltung und Zeichnungspolitik. Im Rahmen des Prozesses zur Gestaltung neuer bzw. Anpassung bestehender Produkte werden Risiken identifiziert, bewertet und es wird, sofern notwendig, eine Anpassung der Produktkalkulation vorgenommen. Durch die Zeichnungspolitik wird eine risikogerechte Tarifierung sichergestellt.

Für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen werden die im von der Aufsichtsbehörde genehmigten Geschäftsplan festgelegten Sterbetafeln verwendet. Alle in den Versicherungsverträgen zugesagten Leistungen werden dem Grundsatz der Vorsicht entsprechend berücksichtigt. Durch regelmäßige Überprüfung der Deckungsrückstellungen wird ein möglicher Anpassungsbedarf frühzeitig erkannt. Sie enthalten nach Einschätzung des Verantwortlichen Aktuars für die Gesellschaft angemessene Sicherheitsspannen. Die Entwicklung der Sterblichkeit wird auch weiterhin laufend analysiert.

### **Risiken aus Kundenverhalten**

Risiken aus dem Verhalten von Versicherungsnehmern resultieren vor allem aus dem Stornorisiko.

Rationales Verhalten vorausgesetzt, werden Lebensversicherungskunden, deren Gesundheit sich während der Vertragslaufzeit verschlechtert, mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit kündigen. Hierdurch könnte die Gefahr einer negativen Risikoselektion entstehen. Andererseits kann eine Kapitalmarktentwicklung zu verstärkten Rückkäufen führen, um den ausgezahlten Betrag mit einer höheren Rendite zu reinvestieren. Das sich bei unerwartet hohen Storni ergebende Risiko von Mittelabflüssen kann bei großem Volumen zu Liquiditätsengpässen, einer Beeinträchtigung der Kapitalanlagenstruktur und der Erträge aus den Kapitalanlagen führen.

Die Stornoquoten in der RWSt und in der Branche werden permanent beobachtet. Die Veränderung der Stornoquoten war in der Vergangenheit jedoch begrenzt, so dass das resultierende Risiko als niedrig einzuschätzen ist.

### **Kostenrisiko**

Das Kostenrisiko besteht darin, dass die tatsächlichen Kosten durch die einkalkulierten Kosten dauerhaft nicht finanziert werden können. Die Überwachung des Kostenrisikos erfolgt durch ein umfassendes Kostencontrolling.

### **Zinsgarantierisiko**

Das professionelle Management der Zinsgarantien stellt eine Kernherausforderung im Rahmen des Asset Liability Managements dar. Die bei der Berechnung der Deckungsrückstellung verwendeten Rechnungszinssätze entsprechen dem von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigten Geschäftsplan. Im Hinblick auf die langfristige Entwicklung auf den Kapitalmärkten wurde der Rechnungszins für die Berechnung der Deckungsrückstellung des Bestands nach Tarif 20 von 3,45 % auf 3,35 % mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde gesenkt.

Die vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) angekündigte Absenkung des Höchstrechnungszinses von 2,25 % auf 1,75 % für ab dem 1. Januar 2012 neu abgeschlossene Lebensversicherungen gilt für unsere Gesellschaft als Sterbekasse nicht unmittelbar, da die Sterbekassen nicht in den Anwendungsbereich der Deckungsrückstellungsverordnung fallen. Es ist aber nicht auszuschließen, dass die Aufsichtsbehörde entsprechende Anforderungen bei einer zukünftigen Tariferneuerung stellen wird.

### **Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft**

Die Beitragsforderungen gegenüber Versicherungsnehmern betragen zum Bilanzstichtag 85 Tsd. Euro (2009: 116 Tsd. Euro). Davon entfielen 17 Tsd. Euro (2009: 45 Tsd. Euro) auf Forderungen, die älter als 90 Tage sind. Zur Risikovorsorge wurden die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen an Versicherungsnehmer um Wertberichtigungen von 17 Tsd. Euro (2009: 23 Tsd. Euro) vermindert.

## **Risiken aus Gesetzesänderungen**

Der Bundesgerichtshof (BGH) hatte am 29. Juli 2009 in einem Verbandsprozess gegen ein Lebensversicherungsunternehmen ein Anerkenntnisurteil erlassen. Es handelte sich dabei um ein wettbewerbsrechtliches Verfahren zu der Frage, ob der Versicherer sich im Falle unechter unterjähriger Beitragszahlung auf eine bestimmte Klausel zu Ratenzahlungszuschlägen berufen darf, ohne dass hierbei der effektive Jahreszins gemäß der Preisangabenverordnung ausgewiesen wird. Das Urteil ließ die relevanten Fragen offen, da es sich lediglich um ein Anerkenntnisurteil und damit nicht um eine Grundsatzentscheidung handelte. Darüber hinaus liegen keine Urteilsgründe vor. In der Folge gab es im Jahr 2010 zu diesem Sachverhalt mehrere erst- sowie zweitinstanzliche Verfahren mit unterschiedlich ausgefallenen Urteilen. Wie die aufgeworfenen Fragen letztendlich zu beurteilen sind, kann nur ein weiteres höchstrichterliches Urteil zeigen. Welche Entscheidung zu erwarten ist, kann nicht vorhergesagt werden.

## **EuGH-Verfahren zur Gender Directive / Unisex-Tarife**

Das belgische Verfassungsgericht hat dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) im Juni 2009 die Frage zur Entscheidung vorgelegt, ob Artikel 5 (2) der Gender-Richtlinie (2004/113/EG) mit Europäischem Primärrecht (EG-Vertrag, Europäische Menschenrechtskonvention) vereinbar ist. In diesem Artikel ist ein Wahlrecht für die Mitgliedstaaten verankert. Danach dürfen die Versicherer bei der Tarifierung zwischen Frauen und Männern differenzieren, wenn der Mitgliedstaat es zulässt. Die unterschiedliche Behandlung muss sachlich begründet sein, die Begründung statistisch belegt werden. Deutschland hat dieses Wahlrecht durch die Regelung in § 20 (2) AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz) genutzt. Mit Urteil vom 01.03.2011 hat der EuGH festgestellt, dass die Berücksichtigung des Geschlechts als Risikofaktor in Versicherungsverträgen eine Diskriminierung darstellt. Da die Ausnahmenvorschrift des Art. 5 (2) der Richtlinie zudem unbefristet gilt, hat der EuGH diese ab dem 21.12.2012 für ungültig erklärt. Da das Urteil und die sich hieraus ergebenden Konsequenzen vom deutschen und europäischen Gesetzgeber zunächst umgesetzt werden müssen, wird eine Aussage über die wirtschaftlichen Auswirkungen erst nach dieser Umsetzung möglich sein.

## **Risiken aus Kapitalanlagen**

Die RWSt verwaltet rund 148 Mio. Euro (2009: 138 Mio. Euro) Kapitalanlagen. Diese werden unter strikter Beachtung der gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und innerbetrieblichen Richtlinien in einem strukturierten Prozess angelegt. Unter Gesamtrisikobetrachtung soll eine gleichzeitige Sicherstellung der Anlageziele Sicherheit, Rentabilität und Liquidität der Kapitalanlagen erreicht werden. Dieses wird unter anderem durch die angemessene Mischung und Streuung des Portfolios gewährleistet.

Mit der Kapitalanlage sind unvermeidbar signifikante Risiken verbunden, die trotz der im Anlageprozess eingebauten Kontrollen und anderer risikomindernder Maßnahmen bewusst eingegangen werden. Zum Erhalt bzw. Ausbau der notwendigen Risikotragfähigkeit werden die Risiken der Kapitalanlagen aktiv gesteuert und an das jeweilige Kapitalmarktumfeld angepasst.

Die Kapitalanlagerisiken werden in Markt-, Kredit-, Konzentrations- und Liquiditätsrisiken unterteilt:

### **Marktrisiken:**

Die Marktpreisrisiken unserer Gesellschaft beruhen ausschließlich auf Zins- und Spread-Änderungen sowie Änderungen im Wert des Immobilienbestandes.

Die Auswirkungen auf die Marktwerte der Kapitalanlagen werden in möglichen Risikoszenarien analysiert. Hierfür werden die Marktwertschwankungen von Zinsprodukten simuliert. Somit werden die tatsächlichen Sensitivitäten unserer Kapitalanlagen verdeutlicht.

Die folgende Übersicht zeigt auf, wie sich eine Änderung der Marktzinsen kurzfristig auswirken würde:

| <b>Renditeveränderung des Rentenmarktes</b> | <b>Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen</b> |
|---|---|
| Anstieg um 200 Basispunkte                  | - 19,8 Mio. Euro                                      |
| Anstieg um 100 Basispunkte                  | - 9,9 Mio. Euro                                       |
| Sinken um 100 Basispunkte                   | + 9,9 Mio. Euro                                       |
| Sinken um 200 Basispunkte                   | + 19,8 Mio. Euro                                      |

Wir verfolgen die Entwicklung der Kapitalmärkte sehr genau. Sollten sich die zuvor gezeigten negativen Szenarien im laufenden Geschäftsjahr ganz oder teilweise einstellen oder am Bilanzstichtag vorliegen, werden wir entsprechende Maßnahmen ergreifen. Diese beinhalten unter Anderem mögliche Abschreibungen auf die nachhaltigen Werte einzelner Kapitalanlagen, den selektiven Verkauf einzelner Titel und den optionalen Einsatz von Wertsicherungsmaßnahmen, um die Portfolios kurzfristig gegen weitere Wertverluste abzusichern.

### **Kreditrisiken:**

Das Kreditrisiko umfasst die Insolvenz, den Zahlungsverzug und die Bonitätsverschlechterung des Schuldners bzw. Emittenten von festverzinslichen Wertpapieren, Darlehen und Derivaten.

Zur Reduktion des Kreditrisikos werden hauptsächlich Investitionen bzw. Darlehensvergaben bei Emittenten und Schuldnern mit einer guten bis sehr guten Bonität getätigt. Die Einstufung der Bonität von Emittenten festverzinslicher Wertpapiere erfolgt entweder mit Hilfe von Ratingagenturen oder nach einheitlichen internen Maßstäben und wird mit kontinuierlichen Kontrollprozessen überprüft.

Zusätzlich zur Überwachung der Ratings nehmen wir in Zusammenarbeit mit Organisationseinheiten der AXA Gruppe und den von uns mandatierten Vermögensverwaltern Detailanalysen zu potenziell ausfallgefährdeten Wertpapieren vor, auf deren Basis dann über risikomindernde Maßnahmen entschieden wird. Für diese Analysen werden alle im Markt vorhandenen Informationen herangezogen.

Die RWSt hielt in 2010 keine Staatsanleihen von Spanien, Italien, Portugal, Irland und Griechenland, deren Risiko zur Zeit diskutiert wird und deren Spreads sich im letzten Jahr teilweise deutlich ausgeweitet haben.

Wir halten Fremdkapitalinstrumente, die von nationalen und internationalen Banken sowie sonstigen privatwirtschaftlichen Unternehmen emittiert wurden. Dieses Exposure wird direkt gehalten und enthält zu einem geringen Teil auch Instrumente von niedriger Seniorität wie nachrangige Darlehen oder Genussscheine.

Das Portfolio der Genussscheine umfasst einen Nominalwert von 8 Mio. Euro. Ein Genussschein erlitt im vergangenen Geschäftsjahr einen Kuponausfall sowie eine Kapitalherabsetzung. Aufgrund der schwierigen Situation besteht bei einzelnen Genussscheinen weiterhin das Risiko, dass als Folge von Bilanzverlusten ergebnisabhängige Kupons nicht ausgezahlt werden und das Kapital herabgesetzt werden kann.

Insgesamt wurden im vergangenen Geschäftsjahr keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf Genussscheine berücksichtigt. Die verbleibende stille Last wurde zum Jahresende auf Basis unserer internen Prognoserechnungen als nicht nachhaltig bewertet, da unsere internen Prognoserechnungen eine vollständige Einbringlichkeit des Nominalwertes der Anlagen zeigen. Bei nachhaltigen, signifikanten Marktverschlechterungen sind weitere außerplanmäßige Abschreibungen nicht ausgeschlossen.

Der größte Teil unserer Rentenbestände ist besichert bzw. von öffentlichen Emittenten ausgegeben und daher nur einem minimalen Ausfallrisiko ausgesetzt. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich in der Zukunft die Bonität einzelner Emittenten verschlechtert und damit Abschreibungsbedarf entstehen könnte.

## **Konzentrationsrisiken:**

Durch Konzentrationsrisiken wird die Diversifizierung des Portfolios vermindert, wodurch das Risiko hoher Verluste aufgrund von Einzelpositionen steigt. Sie stehen daher im engen Zusammenhang mit Markt- und Kreditrisiken. Konzentrationsrisiken werden durch Definition von Limiten auf Einzelpositionen gesteuert und regelmäßig überwacht.

## **Liquiditätsrisiken:**

Aufgrund der vorab vereinnahmten sowie verzinslich und liquide angelegten Beiträge ist das Liquiditätsrisiko für Versicherungsunternehmen grundsätzlich gut steuerbar. Wir tragen dem Risiko unzureichender Liquidität durch eine mehrjährige Planung der Zahlungsströme Rechnung. Zusätzlich erfolgt für einen rollierenden Zwölfmonatszeitraum eine Prognose auf Monatsbasis. Für die Überwachung des Liquiditätsrisikos wird darüber hinaus ein Liquiditätsstresstest durchgeführt.

Insgesamt wird bei der Kapitalanlage auf einen hohen Anteil liquider und fungibler Kapitalanlagen geachtet, damit wir den Verpflichtungen gegenüber unseren Versicherungskunden jederzeit nachkommen können. Bei einem eventuell auftretenden unvorhergesehenen Liquiditätsbedarf wird konzernintern Liquidität zur Verfügung gestellt.

## **Risikosteuerung der Kapitalanlagen**

Innerhalb des AXA Konzerns sind umfassende Governance-Strukturen, Steuerungsmaßnahmen und Richtlinien zur Risikosteuerung der Kapitalanlagen implementiert. Das Asset Liability Management-Komitee schlägt die Kapitalanlagestrategie vor, der Vorstand der RWSt entscheidet über die Kapitalanlagestrategie der RWSt. Der Kapitalanlageausschuss implementiert und überwacht die strategische Aufteilung der Kapitalanlagen nach Kapitalanlagearten (Asset Allocation) und die Einhaltung vorgegebener Limitsysteme. Darüber hinaus gilt eine umfassende interne Richtlinie (Investment Guidelines) für alle Kapitalanlagen. Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Mischung und Streuung werden eingehalten. Zusätzlich werden Konzentrationsrisiken durch das gruppenweite Risikomanagement monatlich ausgewertet und überwacht.

Ziel des strukturierten Anlageprozesses ist es, die Risiken in den Portfolios durch systematische und kontrollierte Abläufe zu steuern. Anlageentscheidungen werden auf Basis von Asset Liability Management-Analysen vor dem Hintergrund der versicherungstechnischen Verpflichtungen, der Bewertungsreserven und der Eigenkapitalausstattung getätigt. Im Rahmen der strategischen und taktischen Asset Allocation bestehen prozentuale Begrenzungen für die einzelnen Anlageklassen. Zusätzlich werden Limite für Bonität, Einzelemittenten und die Duration des festverzinslichen Portfolios definiert und überwacht. Bei der Risikoeinschätzung wird dabei von einem dem jeweiligen Risiko adäquaten Prognosezeitraum ausgegangen. Zur Bewertung der Anlagerisiken steht eine Vielzahl von Risikomanagementinstrumenten zur Verfügung.

Monatlich wird im Kreditkomitee auf Vorstandsebene das Kreditrisiko des Gesamtportfolios sowie einzelner Anlageklassen und kritischer Emittenten besprochen.

Das Audit Committee wird regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen und die Risikosituation des Konzerns und der Einzelgesellschaften informiert.

## **Operationale und sonstige Risiken**

Operationale Risiken beinhalten Verluste aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen sowie aus mitarbeiter-, systembedingten oder externen Vorfällen.

Die Steuerung von Betrugsrisiken erfolgt durch den gezielten Einsatz von Vollmachtenregelungen inkl. entsprechender Kontrollmechanismen. Identifizierte Betrugsdelikte werden systematisch nachverfolgt und etwaige Schwächen in den Prozessen und Systemen beseitigt.

Risiken aus Beschäftigungsverhältnissen und der Arbeitssicherheit werden zum einen durch Richtlinien zur Umsetzung rechtlicher Anforderungen und zum anderen durch systematische Personalmanagement-Konzepte und Mitarbeiterbefragungen gesteuert.

Die Steuerung von Risiken aus der Kunden- und Geschäftspraxis erfolgt durch regelmäßige Überprüfungen möglicher Wettbewerbsverstöße und rechtlich relevanter Fachbereichsaktivitäten. Risiken beim direkten Kundenkontakt werden durch regelmäßige Überprüfung der Fehlerraten bei der Abwicklung und bei Beratungstätigkeiten sowie durch produktbezogene und gesetzesbezogene Spezialtrainings im Beratungsumfeld gesteuert.

Unternehmensgefährdende Risiken aus Schäden an der Betriebs- und Geschäftsausstattung werden im Rahmen des Business Continuity Managements gesteuert, insbesondere durch die Erstellung von Notfallplänen und Durchführung von Katastrophenübungen.

Das Risiko einer Betriebsunterbrechung oder eines Versagens von Systemen wird durch regelmäßige Datensicherung mit brandsicherer Lagerung der Sicherungsbänder sowie durch systematische Überwachung der System-Funktionalitäten und der Produktionsstabilität gesteuert. Darüber hinaus werden durch das Information Risk Management (IRM) Schwachstellen von Anwendungssystemen erkannt und Business Kritikalitäten herausgearbeitet. Im Falle von unternehmensgefährdenden Risiken werden auch hier entsprechende Notfallpläne im Rahmen des Business Continuity Managements erstellt. Darüber hinaus ist ein gezieltes IT Risk Management wie auch ein IT Security Management implementiert.

Prozessrisiken werden auf Basis einer umfänglichen Prozessdokumentation durch regelmäßige Identifikation und Bewertung sowie Implementierung von Schlüsselkontrollen gesteuert. Zur Erfüllung der Anforderungen aus dem Sarbanes-Oxley-Act (SOX) ist ein entsprechendes Kontroll- und Dokumentationssystem etabliert, das nunmehr – aufgrund des Delistings in New York – in ein Internal Financial Controls (IFC) –System überführt wird. Hierbei wird eine Ausdehnung auf Solvency II – relevante Kontrollen im Vergleich zu rein abschlussrelevanten SOX-Kontrollen diskutiert.

Risiken aus Projekten oberhalb einer definierten Budgethöhe werden im Rahmen eines strukturierten Projektinitiierungsprozesses identifiziert und im Vorfeld durch strukturierte Risk Assessments bewertet.

Die Identifikation, Analyse und Steuerung von Risiken im Zusammenhang mit Outsourcingverhältnissen ist in einer Richtlinie definiert, welche vorsieht, dass im Vorfeld jeder Auslagerung auf Basis einer Risikoanalyse bewertet wird, ob Aktivitäten und Prozesse ausgelagert werden können und sollen.

Die strategischen Risiken werden durch einen regelmäßigen systematischen Strategieentwicklungs- und Umsetzungsprozess gesteuert, in dem bereits zum Zeitpunkt der Definition von strategischen Initiativen Chancen und Risiken identifiziert und abgewogen werden.

Zur Steuerung des Reputationsrisikos existieren Vorgaben hinsichtlich der Informationspolitik gegenüber Dritten. Des Weiteren wird die Medienberichterstattung kontinuierlich verfolgt, um auf die Gefahr eines Reputationsverlustes aufgrund negativer Berichterstattung zeitnah reagieren zu können. Gleichzeitig werden wesentliche Geschäftsentscheidungen auch auf mögliche Reputationsrisiken hin geprüft.

Die Steuerung von Rechtsrisiken erfolgt durch eine kontinuierliche Beobachtung der aktuellen Rechtssetzungsverfahren und der aufsichtsrechtlichen Entwicklungen auf nationaler wie europäischer Ebene sowie der relevanten Gerichtsentscheide. Die Beobachtung wird sowohl durch die einzelnen Fachbereiche als auch fachbereichsübergreifend durch den Bereich Recht und Compliance durchgeführt. Im Bedarfsfall werden von den betroffenen Fachbereichen frühzeitig Analysen durchgeführt, um zu gewährleisten, dass das Unternehmen auf die möglichen rechtlichen Veränderungen vorbereitet ist.

## **Kapitalmanagement und Solvabilität**

Die Steuerung der Kapitalbasis erfolgt nach den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen. Ziel ist, die jederzeitige Erfüllung der versicherungsvertraglichen Verpflichtungen sicherstellen zu können – selbst wenn im Extremfall die hierfür gebildeten versicherungstechnischen Rückstellungen unzureichend wären. Für die Bereitstellung des entsprechenden Eigenkapitals wird eine angemessene Verzinsung angestrebt.

Für die Solvabilität der RWSt wurden alle aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllt. Der Bedeckungssatz für 2010 betrug 199,8%(Vorjahr 201,1%). Die zur Bedeckung vorhandenen Eigenmittel beliefen sich 2010 auf 12,7 Mio. Euro (2009: 11,9 Mio. Euro).

Ziel des Projektes Solvency II der EU-Kommission ist es, das Versicherungsaufsichtsrecht auf europäischer Ebene neu und einheitlich zu regeln. Hierzu gehört zum einen die Neuregelung der Solvenzanforderungen auf Basis risikoorientierter Kapitalmodelle (Säule I). Zum anderen wird ein prinzipienbasierter Anforderungskatalog an das Risikomanagement der Versicherungsunternehmen definiert,

so dass die neuen Regelungen zur risikobasierten Eigenmittelvorschrift durch qualitative Anforderungen ergänzt werden (Säule II). Darüber hinaus werden Veröffentlichungspflichten definiert (Säule III). Nach der Verabschiedung im EU-Parlament in 2009 werden die Solvency II Regelungen voraussichtlich 2013 in Kraft treten. Die nationale Umsetzung von Solvency II wurde bereits durch die zum Jahresbeginn 2008 in Kraft getretene VAG-Novelle (§ 64a VAG und §55c VAG) vorangetrieben. Innerhalb § 64a VAG werden die Komponenten eines angemessenen Risikomanagements definiert. Das Rundschreiben „Mindestanforderungen an das Risikomanagement VA (MaRisk VA)“ der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) stellt die Durchführungsverordnung des § 64a VAG dar. Mit dem Inkraftsetzen des § 55c VAG haben Versicherungsunternehmen den an den Vorstand gerichteten Risikobericht in gleicher Form und Inhalt der Aufsichtsbehörde vorzulegen.

Zur Vorbereitung auf Solvency II hat die AXA 2010 am europaweiten Feldtest QIS 5 (Quantitative Impact Study) teilgenommen. QIS ist eine von der europäischen Versicherungsaufsicht CEIOPS (seit dem 1. Januar 2011 abgelöst durch die neu geschaffene „Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung“ - EIOPA) geleitete Übung, die der Kalibrierung des Standardmodells im Sinne von Solvency II dient. Die Berechnung des ökonomischen Risikokapitalbedarfs wurde auf Basis des QIS 5-Regelwerks durchgeführt, so wie sie 2009 auf Basis von QIS 4 durchgeführt wurde. Derzeit entwickelt die AXA Gruppe ein Modell der ökonomischen Risikokapitalberechnung, das voraussichtlich unter Solvency II als internes Modell dienen wird. Neben den Anforderungen aus Säule I bereitet sich AXA Deutschland derzeit ebenfalls intensiv auf die Anforderungen aus Säule II und Säule III vor.

### **Zusammenfassende Darstellung der Risikolage**

Zum jetzigen Zeitpunkt sind keine Risiken bekannt, die den Fortbestand der RWSt gefährden. Die Solvabilität 2010 zeigt gemäß der Berechnung wiederum eine deutliche Überdeckung. Ein in der Zukunft möglicherweise auszuweisender Fehlbetrag würde von der WinCom Versicherungs-Holding AG als Rechtsnachfolgerin der DBV Holding AG im Rahmen des Gewinnabführungsvertrages ausgeglichen.

### **Nachtragsbericht**

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2010 sind bei der RWSt keine Vorgänge eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft haben.

## **Ausblick und Chancen des Unternehmens**

Die sich abzeichnende Stabilisierung der Finanzmärkte wird langfristig auch die wirtschaftliche Lage der Privathaushalte, das Konsumverhalten und die Vorsorgebereitschaft positiv beeinflussen. Das aktuelle Marktumfeld und die positive Beurteilung der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der deutschen Wirtschaft geben auch der RWSt weitere Impulse für die Fortsetzung unseres Wachstumskurses.

Unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung, wird die anhaltende Diskussion zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme die Nachfrage nach zusätzlicher privater Vorsorge weiter verstärken. Das Bewusstsein vieler Verbraucher wächst weiter, dass aufgrund des Wegfalls von Sterbegeldleistungen der gesetzlichen Krankenkassen bzw. aus der Beihilfe für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes eine Versorgungslücke entsteht und diese Lücke sinnvoll durch die private Sterbegeldversicherung geschlossen werden kann.

Durch die hervorragende Marktpositionierung unseres Sterbegeldtarifs haben wir die Voraussetzungen für eine weiterhin günstige Entwicklung auch in den nächsten Jahren geschaffen. Marktvergleiche zeigen, dass sich unser RWSt-Tarif mit der Beibehaltung des Gewinnzuschlags auch weiterhin positiv von den Tarifen der Mitbewerber abhebt.

Die Einbindung der RWSt in die AXA Gruppe sichert langfristig die Voraussetzungen für eine positive Entwicklung insbesondere auch in vertrieblicher Hinsicht. Das Sterbegeldprodukt der RWSt ist bei den Vertrieben des AXA Konzerns inzwischen flächendeckend positiv angenommen worden und bietet eine hervorragende Basis für die zukünftigen erfolgreichen Vertriebsaktivitäten in allen Vertriebskanälen. Durch die Gewinnung des „dbb vorsorgewerk“ als Rahmenvertragspartner möchte die RWSt ihre Marktpräsenz im Bereich des „dbb beamtenbund und tarifunion“ steigern. Dabei wird angestrebt, die Vertriebsleistung im Exklusiv- sowie im Makler- und Partnervertrieb zu verstärken. In ausgesuchten Altersgruppen sollen gezielte Direktmailingaktionen durchgeführt werden.

Wir haben somit die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Bestands- und Beitragswachstum in 2011 geschaffen. Auch im Jahr 2011 werden wir weiter daran arbeiten, diese sehr gute Positionierung der RWSt beizubehalten. Laufend weiteroptimierte Geschäftsprozesse bieten unseren Kunden, Vermittlern und Partnern die gewohnt gute, zügige und serviceorientierte Vertragsbearbeitung.

Nachdem die Kapitalmarktentwicklung mit stark sinkenden Zinsen im Laufe des Jahres zu einer Erhöhung der stillen Reserven und einem Anstieg der Auszahlungen an Kunden aus der Beteiligung an Bewertungsreserven führte, könnte ein stärkerer Zinsanstieg in den nächsten Jahren zu höheren stillen Lasten führen. Während die Kapitalanlagen der RWSt durch den Einnahmeüberschuss voraussichtlich weiter ansteigen werden, ist davon auszugehen, dass die Nettorendite aufgrund der Entwicklung am Kapitalmarkt weiterhin eher leicht rückläufig sein wird und die gesamten Kapitalerträge auch bei steigenden Kapitalanlage nur langsam steigen werden.

Insgesamt erwarten wir für die RWSt eine positive Geschäftsentwicklung für das Geschäftsjahr 2011 und die Folgejahre mit Steigerungen bei Bestand und Beiträgen und für die Zukunft weiterhin positive und leicht steigende Ergebnisse.

## **Von uns betriebene Versicherungsarten**

Die einzige von der RWSt betriebene Versicherungsart ist die Sterbegeldversicherung.

Für Tarife, die unterschiedliche Prämien oder Leistungen für Männer und Frauen vorsehen, erfolgt die Kalkulation nach von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. (DAV) anerkannten statistischen und versicherungsmathematischen Daten. Ausführlichere Informationen dazu finden Sie auf der Internetseite [www.axa.de](http://www.axa.de). Zu dem EuGH-Urteil vom 01.03.2011 zu geschlechtsspezifischen Versicherungstarifen wird auf den Abschnitt „Risiken der zukünftigen Entwicklung“ in diesem Geschäftsbericht verwiesen.

## **Zugehörigkeit zu Verbänden**

Die RWSt gehört keinem Verband an.

---

## **Ergebnisabführung und Gewinnverwendungsvorschlag**

---

### **Ergebnisabführung**

Der im Geschäftsjahr 2010 erwirtschaftete Jahresüberschuss in Höhe von 100.000 EUR wurde aufgrund des im November 2009 geschlossenen Gewinnabführungsvertrages zwischen unserer Gesellschaft und der DBV Holding AG an die WinCom Versicherungs-Holding AG als Rechtsnachfolgerin der DBV Holding AG abgeführt.

### **Gewinnverwendungsvorschlag**

Aus dem Berichtsjahr besteht noch ein Bilanzgewinn in Form eines Gewinnvortrags in Höhe von 90.000 Euro. Wir schlagen der Hauptversammlung vor, diesen Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

## Bilanz zum 31. Dezember 2010

| Aktiva  | €                   | €                   | €                 | 2010<br>€             | 2009*<br>€            |
|---|---------------------|---------------------|-------------------|-----------------------|-----------------------|
| <b>A. Immaterielle Vermögensgegenstände:</b>  |                     |                     |                   |                       |                       |
| Entgeltliche erworbene Konzessionen,<br>gewerbliche Schutzrechte und ähnliche<br>Rechte und Werte sowie Lizenzen an<br>solchen Rechten und Werten |                     |                     |                   | 33.182,00             | 35.671,00             |
| <b>B. Kapitalanlagen</b>  |                     |                     |                   |                       |                       |
| I. Grundstücke, grundstücksgleiche<br>Rechte und Bauten einschließlich<br>der Bauten auf fremden Grundstücken                                     |                     |                     | 345.200,00        |                       | 375.955,00            |
| II. Sonstige Kapitalanlagen   |                     |                     |                   |                       |                       |
| 1. Inhaberschuldverschreibungen und andere<br>festverzinsliche Wertpapiere  |                     | 39.956.100,88       |                   |                       | 39.132.888,52         |
| 2. Hypotheken-, Grundschul- und<br>Rentenschuldforderungen  |                     | 0,00                |                   |                       | 58.280,66             |
| 3. Sonstige Ausleihungen  |                     |                     |                   |                       |                       |
| a) Namensschuldverschreibungen  | 25.000.000,00       |                     |                   |                       | 21.300.813,46         |
| b) Schuldscheinforderungen<br>und Darlehen  | 73.100.000,00       |                     |                   |                       | 67.100.000,00         |
| c) übrige Ausleihungen  | <u>8.000.000,00</u> | 106.100.000,00      |                   |                       | 8.000.000,00          |
| 4. Einlagen bei Kreditinstituten  |                     | <u>2.250.000,00</u> | 148.306.100,88    | 148.651.300,88        | 1.850.000,00          |
| <b>C. Forderungen</b>   |                     |                     |                   |                       |                       |
| I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen<br>Versicherungsgeschäft an:<br>Versicherungsnehmer   |                     |                     |                   |                       |                       |
| a) fällige Ansprüche  |                     | 67.691,24           |                   |                       | 93.075,68             |
| b) noch nicht fällige Ansprüche   |                     | <u>1.314.104,72</u> | 1.381.795,96      |                       | 705.824,78            |
| II. Sonstige Forderungen  |                     |                     | <u>101.421,80</u> | 1.483.217,76          | 224.771,18            |
| davon an verbundene Unternehmen:<br>60.629,22 € (Vorjahr: 72.022,90 €)  |                     |                     |                   |                       |                       |
| <b>D. Sonstige Vermögensgegenstände</b>   |                     |                     |                   |                       |                       |
| I. Sachanlagen und Vorräte  |                     |                     | 37.912,00         |                       | 48.297,00             |
| II. Laufende Guthaben bei<br>Kreditinstituten, Schecks und<br>Kassenbestand   |                     |                     | <u>258.660,37</u> | 296.572,37            | 77.038,99             |
| <b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>  |                     |                     |                   |                       |                       |
| I. Abgegrenzte Zinsen und Meten   |                     |                     | 3.062.911,07      |                       | 2.806.887,73          |
| II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten   |                     |                     | <u>363.971,73</u> | 3.426.882,80          | 183.473,25            |
|   |                     |                     |                   | <u>153.891.155,81</u> | <u>141.992.977,25</u> |

\* Aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) ergibt sich ein neues Bilanzgliederungsschema; davon ist der Posten "Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital" betroffen. Die Werte für 2009 wurden entsprechend angepasst.

| Passiva  | €             | €                    | 2010<br>€             | 2009*<br>€            |
|--|---------------|----------------------|-----------------------|-----------------------|
| <b>A. Eigenkapital</b>   |               |                      |                       |                       |
| I. Eingefordertes Kapital  |               |                      |                       |                       |
| Gezeichnetes Kapital   | 6.000.000,00  |                      |                       | 6.000.000,00          |
| ./. nicht eingeforderte ausstehende Einlagen   | -3.500.000,00 | 2.500.000,00         |                       | -3.500.000,00         |
| II. Kapitalrücklage  |               | 600.000,00           |                       | 600.000,00            |
| III. Bilanzgewinn  |               | <u>90.000,00</u>     | 3.190.000,00          | 90.000,00             |
| davon Gewinnvortrag 90.000,00 €<br>(Vorjahr: 90.000,00 €)  |               |                      |                       |                       |
| <b>B. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>  |               |                      | 2.000.000,00          | 2.000.000,00          |
| <b>C. Versicherungstechnische Rückstellungen</b>   |               |                      |                       |                       |
| I. Beitragsüberträge   |               | 271.914,48           |                       | 265.959,50            |
| II. Deckungsrückstellung   |               | 135.169.042,91       |                       | 124.003.385,47        |
| III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte<br>Versicherungsfälle  |               | 440.951,52           |                       | 350.797,57            |
| IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und<br>erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung                           |               | <u>12.102.109,04</u> | 147.984.017,95        | 11.505.045,75         |
| <b>D. Andere Rückstellungen</b>  |               |                      |                       |                       |
| I. Rückstellungen für Pensionen und<br>ähnliche Verpflichtungen  |               | 209.906,00           |                       | 209.603,00            |
| II. Steuerrückstellungen   |               | 0,00                 |                       | 8.961,17              |
| III. Sonstige Rückstellungen   |               | <u>95.600,00</u>     | 305.506,00            | 170.615,00            |
| <b>E. Andere Verbindlichkeiten</b>   |               |                      |                       |                       |
| I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abge-<br>schlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber<br>Versicherungsnehmern |               | 90.257,99            |                       | 104.886,37            |
| II. Sonstige Verbindlichkeiten   |               | <u>257.008,78</u>    | 347.266,77            | 107.832,74            |
| davon:   |               |                      |                       |                       |
| im Rahmen der sozialen Sicherheit: 9.203,96 €<br>(Vorjahr: 7.393,45 €)   |               |                      |                       |                       |
| gegenüber verbundenen Unternehmen: 222.326,62 €<br>(Vorjahr: 95.599,45 €)  |               |                      |                       |                       |
| aus Steuern: 101.673,73 € (Vorjahr: 0,00€)   |               |                      |                       |                       |
| <b>F. Rechnungsabgrenzungsposten</b>   |               |                      | 64.365,09             | 75.890,68             |
|  |               |                      | <u>153.891.155,81</u> | <u>141.992.977,25</u> |

\* Aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) ergibt sich ein neues Bilanzgliederungsschema; davon ist der Posten "Eingefordertes Kapital" betroffen. Die Werte für 2009 wurden entsprechend angepasst.

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Verzeichnis des Sicherungsvermögens aufgeführten Vermögensanlagen gemäß den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt sind.

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem genehmigten Geschäftsplan berechnet worden ist.

Essen, den 16. März 2011

Essen, den 16. März 2011

D u s c h a  
Treuhandler

M e n g e s  
Verantwortlicher Aktuar

## Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

|   | €                   | €                 | 2010<br>€         | 2009<br>€         |
|---|---------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| <b>I. Versicherungstechnische Rechnung</b>  |                     |                   |                   |                   |
| 1. Verdiente Beiträge   |                     |                   |                   |                   |
| a) Gebuchte Bruttobeiträge  | 17.028.439,10       |                   |                   | 16.447.748,54     |
| b) Veränderung der Beitragsüberträge  | <u>-5.954,98</u>    |                   | 17.022.484,12     | -5.172,32         |
| 2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung   |                     |                   | 1.145.048,76      | 301.828,73        |
| 3. Erträge aus Kapitalanlagen   |                     |                   |                   |                   |
| a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen   |                     |                   |                   |                   |
| aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken   | 54.662,14           |                   |                   | 54.702,96         |
| bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen  | <u>5.905.966,14</u> | 5.960.628,28      |                   | 5.555.504,81      |
| c) Erträge aus Zuschreibungen   |                     | 141.819,30        |                   | 142.724,13        |
| d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen  |                     | <u>21.460,00</u>  | 6.123.907,58      | 191.146,00        |
| 4. Sonstige versicherungstechnische Erträge   |                     |                   | 620.693,82        | 387.729,53        |
| 5. Aufwendungen für Versicherungsfälle  |                     |                   |                   |                   |
| a) Zahlungen für Versicherungsfälle   |                     | 8.236.835,56      |                   | 7.492.619,07      |
| b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle  |                     | <u>90.153,95</u>  | 8.326.989,51      | -43.444,38        |
| 6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen  |                     |                   |                   |                   |
| Deckungsrückstellung  |                     |                   | 11.165.657,44     | 10.927.500,98     |
| 7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen                                      |                     |                   | 3.106.871,05      | 3.107.581,40      |
| 8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb  |                     |                   |                   |                   |
| a) Abschlussaufwendungen  |                     | 948.263,16        |                   | 635.704,53        |
| b) Verwaltungsaufwendungen  |                     | <u>509.982,60</u> | 1.458.245,76      | 455.525,40        |
| 9. Aufwendungen für Kapitalanlagen  |                     |                   |                   |                   |
| a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen  |                     | 207.838,51        |                   | 210.453,89        |
| b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen  |                     | 172.574,30        |                   | 4.745,00          |
| c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen   |                     | <u>117.577,62</u> | 497.990,43        | 3.289,00          |
| 10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen   |                     |                   | 14.199,87         | 2.022,15          |
| 11. Versicherungstechnisches Ergebnis   |                     |                   | <u>342.180,22</u> | <u>280.215,34</u> |
| <b>II. Nichtversicherungstechnische Rechnung</b>  |                     |                   |                   |                   |
| 1. Sonstige Erträge   |                     | 22.076,26         |                   | 16.554,48         |
| 2. Sonstige Aufwendungen  |                     | <u>237.064,74</u> | -214.988,48       | 232.349,79        |
| 3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit   |                     |                   | <u>127.191,74</u> | <u>64.420,03</u>  |
| 4. außerordentlicher Aufwand  |                     | <u>1.645,00</u>   |                   | 0,00              |
| 5. außerordentliches Ergebnis   |                     |                   | -1.645,00         |                   |
| 6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag   |                     | 22.718,22         |                   | 6.227,04          |
| 7. Sonstige Steuern   |                     | <u>2.828,52</u>   | 25.546,74         | -807,01           |
| 8. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne |                     |                   | 100.000,00        | 59.000,00         |
| 9. Jahresüberschuss   |                     |                   | 0,00              | 0,00              |
| 10. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr   |                     |                   | 90.000,00         | 90.000,00         |
| 11. Bilanzgewinn  |                     |                   | <u>90.000,00</u>  | <u>90.000,00</u>  |

---

## Anhang

---

### Allgemeines

---

Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010 wurden nach den für Versicherungsunternehmen geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB), des Aktiengesetzes (AktG), des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) erstellt.

Das am 29. Mai 2009 in Kraft getretene Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) wendete die RWSt erstmals im Geschäftsjahr 2010 an. Einige bereits im Jahr 2009 verpflichtende Angaben wurden gemäß Art 66 Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) im Vorjahr bereits umgesetzt. Nach Artikel 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB wurden die gemäß § 265 Abs. 2 Satz 1 HGB anzugebenden Vorjahreszahlen bei erstmaliger Anwendung des HGB nach BilMoG nicht an die geänderten Bewertungsmethoden angepasst.

Das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz sieht Ausweisänderungen bzw. Änderungen der Postenbezeichnungen insbesondere bei der Position "Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital" vor. Der Ausweis des Vorjahresbetrags wurde bei den "Ausstehenden Einlagen auf das gezeichnete Kapital" an die neue Gliederung/Postenbezeichnung angepasst.

### Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

#### Aktiva

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und mit den steuerlich zulässigen Sätzen abgeschrieben. Die steuerliche Nutzungsdauer entspricht dabei der handelsrechtlich maßgeblichen wirtschaftlichen Abnutzung. Bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung wird eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden entsprechend dem gemilderten Niederstwertprinzip mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Agio- und Disagiobeträge werden planmäßig über die Laufzeit erfolgswirksam erfasst.

Die dauerhafte Wertminderung eines Wertpapiers wird angenommen, wenn der Zeitwert des Wertpapiers einen Werteverfall aufgrund einer wesentlichen Verschlechterung des Ratings / der Bonität eines Emittenten aufzeigt und aus diesem Grund von einem (Teil-) Ausfall des Schuldtitels ausgegangen wird.

Ein niedrigerer Wertansatz aus der Vergangenheit wird auf die Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren beizulegenden Wert zugeschrieben, sofern die Gründe für eine vorgenommene Abschreibung nicht mehr existieren.

Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen werden mit dem Nennbetrag in Ansatz gebracht, vermindert um notwendige Abschreibungen und Einzelwertberichtigungen. Disagiobeträge wurden passivisch abgegrenzt und planmäßig über die Laufzeit aufgelöst.

Namenschuldverschreibungen werden mit dem Nennbetrag bilanziert, falls erforderlich vermindert um notwendige Abschreibungen. Agio- und Disagiobeträge wurden aktivisch und passivisch abgegrenzt und planmäßig über die Laufzeit aufgelöst.

Schuldscheinforderungen und Darlehen werden mit dem Nennbetrag bilanziert, falls erforderlich vermindert um notwendige Abschreibungen. Agio- und Disagiobeträge werden aktivisch und passivisch abgegrenzt und planmäßig über die Laufzeit aufgelöst.

Übrige Ausleihungen werden mit dem Nennbetrag angesetzt, falls erforderlich vermindert um notwendige Abschreibungen. Agio- und Disagiobeträge werden aktivisch und passivisch abgegrenzt und planmäßig über die Laufzeit aufgelöst.

Einlagen bei Kreditinstituten werden mit den Nennbeträgen angesetzt.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft werden mit den Nennbeträgen bilanziert, vermindert um vorzunehmende Einzelwertberichtigungen.

Sonstige Forderungen werden mit dem Nennbetrag aktiviert.

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird zu Anschaffungskosten bewertet vermindert um lineare Abschreibungen. Die Nutzungsdauer wird mit 3 bis 13 Jahren angenommen.

Da eine ertragsteuerliche Organschaft mit der AXA Beteiligung-Gesellschaft mbH, Köln (AmbH) besteht, werden die latenten Steuern der Gesellschaft bei dem Organträger AmbH ausgewiesen.

## **Passiva**

Beitragsüberträge wurden für jede einzelne Versicherung unter Zugrundelegung des tatsächlichen Beginns der Versicherungsperiode berechnet. Bei der Ermittlung der übertragsfähigen Beitragsteile wurde der koordinierte Ländererlass vom 20. Mai 1974 beachtet.

Die Deckungsrückstellung wurde gemäß der versicherungsmathematischen Berechnung für jede einzelne Versicherung nach dem von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigten Geschäftsplan nach der prospektiven Methode unter Berücksichtigung implizit angesetzter Kosten ermittelt. Hierbei wurden folgende Rechnungsgrundlagen verwendet: ein Rechnungszins von 3,35 %, 2,75 % bzw. 2,25 %, die Sterbetafel 1994T (Frauen/Männer), eine Zillmerung von maximal 30 ‰ der Versicherungssumme, ein System beitrags- und summenabhängiger Kostenzuschläge sowie für beitragsfreie Jahre Kostenzuschläge, die in der Deckungsrückstellung enthalten sind. Für die den Versicherten im Rahmen des Bonussystems zugewiesenen Überschussanteile wurden nach dem genehmigten Geschäftsplan Deckungsrückstellungen nach den obigen Rechnungsgrundlagen gebildet.

Die in Einzelreservierung gebildete Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle enthält die voraussichtlichen Leistungen für die zum Zeitpunkt der Bestandsfeststellung gemeldeten, aber noch nicht ausgezahlten Versicherungsfälle.

Bei der Rückstellung für Beitragsrückerstattung handelt es sich um Beträge, die vertraglich für die Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer bestimmt, aber den einzelnen Versicherungsverträgen noch nicht zugeteilt worden sind.

Die Berechnung der Pensionsrückstellungen für leistungsorientierte Pensionszusagen erfolgt nach der Projected-Unit-Credit-Methode (Anwartschaftsbarwertverfahren) unter Berücksichtigung aktueller Sterblichkeits- und Invalidisierungswahrscheinlichkeiten, zukünftiger Gehalts- und Lohnsteigerungen und Rententrendannahmen sowie eines durchschnittlichen Marktzinses der vergangenen sieben Geschäftsjahre vorgegeben durch die deutsche Bundesbank. Dabei wird eine Restlaufzeit von 15 Jahren angenommen. Als Rechnungsgrundlage für die Sterblichkeits- und Invalidisierungsannahmen dienen die Richttafeln 2005 G der Heubeck-Richttafeln GmbH. Der sich aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes ab 01.01.2010 geänderten Bewertung der laufenden Pensionen oder Anwartschaften auf Pensionen ergebende Zuführungsbetrag zu den Rückstellungen wird jährlich gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB mit einem Fünfzehntel angesammelt. Die Anpassungen aus der jährlichen Überprüfung der versicherungsmathematischen Annahmen werden erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung gebucht.

Der Wertansatz der sonstigen Rückstellungen erfolgt nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages, der zukünftig erwartete Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt. Da alle sonstigen Rückstellungen eine Laufzeit von bis zu einem Jahr hatten, erfolgte keine Abzinsung.

Alle anderen Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag passiviert.

## **Gewinn- und Verlustrechnung**

Erträge und Aufwendungen wurden auf das Geschäftsjahr abgegrenzt.

## **Zeitwerte der Kapitalanlagen**

Die Offenlegung von Zeitwerten der Kapitalanlagen erfolgte entsprechend den Vorschriften §§ 54 ff. der RechVersV. Die Angaben wurden zum Bilanzstichtag erstellt. Im Einzelnen wurden folgende Ermittlungsverfahren angewandt:

Die beizulegenden Zeitwerte für Grundstücke, ihre Bestandteile und ihres Zubehörs sowie für grundstücksgleiche Rechte, Rechte an diesen und Rechte an Grundstücken wurden nach der Immobilienwertermittlungsverordnung (ImmoWertV) vom 19. Mai 2010 (BGBl. I S. 239) ermittelt, die die WertV zum 01. Juli 2010 abgelöst hat.

Als beizulegende Zeitwerte für Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden im Wesentlichen die Börsenkurse per 31. Dezember 2010 angesetzt.

Die beizulegenden Zeitwerte der Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen wurden anhand der Zinskurve sowie anhand von bonitäts- und laufzeitspezifischen Risikozuschlägen per 31. Dezember 2010 ermittelt.

Die beizulegenden Zeitwerte der Einlagen bei Kreditinstituten entsprachen aufgrund des kurzfristigen Charakters den Buchwerten.

---

## Erläuterungen zur Bilanz

---

### Aktiva

#### Entwicklung der Aktivposten A, B I bis II im Geschäftsjahr 2010

##### Aktivposten

| Geschäftsjahr  | Bilanzwerte | Zugänge | Umbu-   | Abgänge | Zuschrei- | Abschrei- | Bilanzwerte |
|--|-------------|---------|---------|---------|-----------|-----------|-------------|
|  | Vorjahr     |         | chungen |         | bungen    | bungen    |             |
|  | Tsd. €      | Tsd. €  | Tsd. €  | Tsd. €  | Tsd. €    | Tsd. €    | Tsd. €      |
| A. Immaterielle Vermögensgegenstände   |             |         |         |         |           |           |             |
| Entgeltliche erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten | 36          | 7       | -       | -       | -         | 10        | 33          |
| B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken                                | 376         | -       | -       | -       | 142       | 173       | 345         |
| B II. Sonstige Kapitalanlagen  |             |         |         |         |           |           |             |
| 1. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere  | 39.133      | 9.032   | -       | 8.209   | -         | -         | 39.956      |
| 2. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen   | 58          | -       | -       | 58      | -         | -         | 0           |
| 3. Sonstige Ausleihungen   |             |         |         |         |           |           |             |
| a) Namensschuldverschreibungen   | 21.301      | 6.000   | -       | 2.301   | -         | -         | 25.000      |
| b) Schuldscheinforderungen und Darlehen  | 67.100      | 6.000   | -       | -       | -         | -         | 73.100      |
| c) übrige Ausleihungen   | 8.000       | -       | -       | -       | -         | -         | 8.000       |
| 4. Einlagen bei Kreditinstituten   | 1.850       | 400     | -       | -       | -         | -         | 2.250       |
| 5. Summe B II.   | 137.442     | 21.432  | -       | 10.568  | -         | -         | 148.306     |
| Insgesamt  | 137.854     | 21.439  | -       | 10.568  | 142       | 183       | 148.684     |

---

## **A. Immaterielle Vermögensgegenstände**

Entgeltliche erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

Hierunter wurde die entgeltlich erworbene EDV-Software mit den Anschaffungskosten, vermindert um die Abschreibung entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, ausgewiesen.

## **B. Kapitalanlagen**

### **I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken**

Ausgewiesen wurde der Buchwert des überwiegend gewerblich genutzten Grundstückes mit Gebäude in Essen, Lindenallee 72/74, Vereinstraße.  
Auf die eigenbetrieblich genutzte Fläche von ca. 45 % der gesamten Nutzfläche entfiel ein anteiliger Buchwert in Höhe von rund 155 Tsd. Euro.

### **II. Sonstige Kapitalanlagen**

#### **1. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere**

Es handelte sich hierbei um Inhaberschuldverschreibungen sowie um Anleihen, Kommunalobligationen, Pfandbriefe und sonstige Schuldverschreibungen. Die hier ausgewiesenen Kapitalanlagen waren überwiegend dem Anlagevermögen zugeordnet. Bei über pari erworbenen Titeln wurde auf den Zeitwert abgeschrieben, soweit dieser den Nominalwert nicht unterschritten hatte. Darüber hinaus wurde von dem gemilderten Niederstwertprinzip Gebrauch gemacht. Daraus resultierten stille Lasten nach § 341b HGB in Höhe von 2.073 Tsd. Euro.

#### **2. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen**

Die im vorherigen Geschäftsjahr noch bestehenden Hypotheken wurden im Laufe des Geschäftsjahres zurück gezahlt.

#### **3. Sonstige Ausleihungen**

Im Geschäftsjahr wurden zwei Schuldscheindarlehen von Bundesländern und zwei Namensschuldverschreibungen erworben.

#### **4. Einlagen bei Kreditinstituten**

Hier handelte es sich um Tagesgelder bei der National-Bank AG und der Sparkasse in Essen.

## **Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten**

Derivative Finanzinstrumente zur Absicherung von Währungsrisiken, Zinsrisiken und Börsen-, Marktpreis- oder sonstigen Preisschwankungen wurden im Geschäftsjahr nicht eingesetzt.

## Zeitwerte der Kapitalanlagen

|                         | Bilanzwerte |         | Zeitwerte |         | Bewertungsreserven |         |          | Bewertungsreserven |         |          | Bewertungsreserven  |       |
|-------------------------|-------------|---------|-----------|---------|--------------------|---------|----------|--------------------|---------|----------|---------------------|-------|
|                         | 2010        | 2009    | 2010      | 2009    | 2010               |         |          | 2009               |         |          | 2010                | 2009  |
|                         | Tsd. Euro   |         | Tsd. Euro |         | positiv            | negativ | saldiert | positiv            | negativ | saldiert | in % vom Bilanzwert |       |
|                         | Tsd. Euro   |         | Tsd. Euro |         | Tsd. Euro          |         |          | Tsd. Euro          |         |          |                     |       |
| Grundstücke und Bauten  | 345         | 376     | 374       | 376     | 29                 | 0       | 29       | 0                  | 0       | 0        | 8,4%                | 0,0%  |
| sonstige Kapitalanlagen | 148.306     | 137.442 | 147.315   | 134.895 | 5.138              | -6.129  | -991     | 3.507              | -6.054  | -2.547   | -0,7%               | -1,9% |
| Gesamte Kapitalanlagen  | 148.651     | 137.818 | 147.689   | 135.271 | 5.167              | -6.129  | -962     | 3.507              | -6.054  | -2.547   | -0,6%               | -1,8% |

## Ergänzungen zu den Zeitwerten

Für Finanzinstrumente, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen wurden, sind im Folgenden nach Anlagekategorien die Bilanzwerte und die beizulegenden Zeitwerte dargestellt.

|   | Bilanzwerte | Zeitwerte |
|---|-------------|-----------|
|   | Tsd. Euro   | Tsd. Euro |
| Inhaberschuldverschreibungen und festverzinsliche Wertpapiere im Anlagevermögen nach §341 b HGB | 11.403      | 9.330     |
| Schuldscheinforderungen   | 26.000      | 24.955    |
| übrige Ausleihungen   | 8.000       | 5.230     |

Die Wertminderung waren ausschließlich durch Marktzensänderungen bedingt. Substanzminderungen durch ein Bonitätsrisiko lagen nicht vor. Aus diesem Grund wurden außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB unterlassen.

## Zuordnung von Kapitalanlagen zum Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB

Auf der Grundlage nachfolgender Darstellungen nimmt die RWSt die Möglichkeit des § 341b Abs. 2 HGB in Anspruch, Kapitalanlagen dem Anlagevermögen zuzuordnen, da sie dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen.

1. Im Geschäftsjahr 2010 wurden Kapitalanlagen mit einem Buchwert von 39.956 Tsd. Euro dem Anlagevermögen zugeordnet. (2009: 39.133 Tsd. Euro). Dies entspricht einem Anteil von 26,88 % (2009: 28,39 %) an den gesamten Kapitalanlagen.

2. Grundlage für die Bestimmung:

Die Bestimmung, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, wird aus folgenden Indikatoren abgeleitet:

- Die RWSt ist in der Lage, die dem Anlagevermögen zugeordneten Kapitalanlagen so zu verwenden, dass sie dauernd dem Geschäftsbetrieb dienen können.
- Aufgrund der laufenden Liquiditätsplanung besitzt die RWSt die Fähigkeit zur Daueranlage der betreffenden Kapitalanlagen.
- Die dem Anlagevermögen zugeordneten Kapitalanlagen werden in der Buchhaltung jeweils auf gesonderten Konten von den anderen Wertpapieren getrennt erfasst. Eine depotgemäße Trennung von Anlage- und Umlaufvermögen ist gewährleistet.

3. Bei den dem Anlagevermögen zugeordneten Kapitalanlagen werden Abschreibungen bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung gemäß § 341b HGB vorgenommen.

Hieraus ergab sich keine Notwendigkeit für außerordentliche Abschreibungen.

Zum 31. Dezember 2010 wurden dem Anlagevermögen Kapitalanlagen zugeordnet, bei denen stille Lasten in Höhe von 2.073 Tsd. Euro vorlagen. Ausfallrisiken waren nicht erkennbar. Wir gehen von einer vollständigen Rückzahlung der entsprechenden Papiere aus.

#### Nicht nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertete Kapitalanlagen

|  | Bilanzwerte<br>Geschäftsjahr<br>Tsd. Euro | Zeitwerte<br>Geschäftsjahr<br>Tsd. Euro | Bilanzwerte<br>Vorjahr<br>Tsd. Euro | Zeitwerte<br>Vorjahr<br>Tsd. Euro |
|--|---|---|-------------------------------------|-----------------------------------|
| Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 39.956                                    | 39.169                                  | 39.133                              | 39.542                            |
| Unterschiedsbetrag zum Bilanzwert                                    |   | -787                                    |                                     | 409                               |

### C. Forderungen

- I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:

Versicherungsnehmer

- a) fällige Ansprüche

Es handelte sich um rückständige Beiträge.

- b) noch nicht fällige Ansprüche

|   | 2010<br>Euro | 2009<br>Euro |
|---|--------------|--------------|
| durch Zillmerung entstandene, noch nicht getilgte Abschlusskosten gemäß der versicherungsmathematischen Berechnung zum 31.12. des Geschäftsjahres | 1.340.923,18 | 720.229,37   |
| abzüglich Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 2 %  | - 26.818,46  | -14.404,59   |
| Stand 31. Dezember  | 1.314.104,72 | 705.824,78   |

- II. Sonstige Forderungen

Aufgrund geänderter Veranlagungsbescheide wurden unter dieser Position Forderungen gegenüber der Finanzbehörde Essen für den Veranlagungszeitraum 2008 aktiviert. Die Forderung gegen verbundene Unternehmen betraf das seit 2009 bestehende ertragsteuerliche Organschaftsverhältnis mit der AXA Beteiligungs-Gesellschaft mbH für die erstmalige Aktivierung latenter Steuern nach § 274 Abs. 1 HGB in Höhe von 61 Tsd. Euro. Die latenten Steuern der RWSt wurden bei dem Organträger AXA Beteiligungs-Gesellschaft mbH ausgewiesen.

## **D. Sonstige Vermögensgegenstände**

### **I. Sachanlagen und Vorräte**

Unter dieser Position wurde ausschließlich Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen.

### **II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand**

Die Geldkonten wurden bei der Commerzbank AG, der Sparkasse Essen, der National-Bank AG und der Postbank in Essen geführt.

Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände hatten eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

## **E. Rechnungsabgrenzungsposten**

### **I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten**

Hierbei handelte es sich ausschließlich um noch nicht fällige Zinsen aus Wertpapieren.

### **II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten**

Es handelte sich um Agien auf erworbene Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen, die auf die Darlehenszeit verteilt wurden, und um voraus gezahlte Versicherungsprämien.

## Passiva

### A. Eigenkapital

- I. Aufgrund der Neufassung des § 272 Abs. 1 Satz 3 HGB durch BilMoG wurden nicht eingeforderte ausstehende Einlagen nun offen von dem Posten Gezeichnetes Kapital abgesetzt und das eingeforderte Kapital wurde in der Hauptspalte der Passivseite ausgewiesen. Die korrespondierende Position „Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital“ auf der Aktivseite ist aufgrund der geänderten Bilanzdarstellung entsprechend nicht mehr aufgeführt.  
Das Grundkapital beträgt 6 Mio. Euro und ist in 6 Mio. Aktien im Nennbetrag von je 1 Euro eingeteilt. Die WinCom Versicherungs-Holding AG, Köln, als Rechtsnachfolgerin der DBV Holding AG, Wiesbaden, hielt zum 31.12.2010 das gezeichnete Kapital der Gesellschaft zu 100 % und war damit die alleinige Aktionärin der Gesellschaft.

### B. Nachrangige Verbindlichkeiten

Die AXA Konzern AG hat der RWSt im Jahr 2008 ein Nachrangdarlehen in Höhe von 2,0 Mio. € gewährt, das erstmals zum 15. Dezember 2015 zurückgezahlt werden kann.

### C. Versicherungstechnische Rückstellungen

#### I. Beitragsüberträge

Die Beitragsüberträge wurden um den Inkassozuschlag von 3 % vermindert.

#### II. Deckungsrückstellung

|   | 2010<br>Euro   | 2009<br>Euro   |
|---|----------------|----------------|
| Stand 1. Januar   | 124.003.385,47 | 113.075.884,49 |
| Zuführung gemäß versicherungsmathematischer Berechnung zum 31.12. des Geschäftsjahres | 11.165.657,44  | 10.927.500,98  |
| Stand 31. Dezember  | 135.169.042,91 | 124.003.385,47 |

Hierin enthalten ist eine Zusatzdeckungsrückstellung zum Tarif 40 in Höhe von 650.339,11 Euro (Vorjahr: 175.678,26 Euro).

Im Hinblick auf die langfristige Entwicklung an den Kapitalmärkten wurde der Rechnungszins für die Berechnung der Deckungsrückstellung des Altbestands von 3,45 % auf 3,35 % mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde gesenkt. Die Stärkung der Deckungsrückstellung um den Betrag von 1.582.912,62 Euro wurde aus dem Geschäftsergebnis finanziert und ist in dem oben genannten Zuführungsbetrag enthalten.

### III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

|  | 2010<br>Euro | 2009<br>Euro |
|--|--------------|--------------|
| Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle | 93.023,18    | 114.531,74   |
| Spätschadenrückstellung                      | 339.128,34   | 228.490,83   |
| Regulierungsaufwendungen                     | 8.800,00     | 7.775,00     |
|  | 440.951,52   | 350.797,57   |

Die Rückstellung für bis zum Zeitpunkt der Bestandsfeststellung eingetretene und bekannt gewordene, aber noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle und Austritte wurde für jede einzelne Versicherung ermittelt.

Für die nach dem Tag der Bestandsfeststellung bekannt gewordenen Versicherungsfälle, die bis zum Abschlussstichtag eingetreten sind, ist eine Spätschadenrückstellung in Höhe des riskierten Kapitals gebildet worden. Diese Rückstellung ist auf Grund von Erfahrungssätzen für schon eingetretene Versicherungsfälle, die erst nach dem Abschlussstichtag gemeldet werden, erhöht worden.

Die Rückstellung für Regulierungsaufwendungen ist enthalten.

### IV. Rückstellung für Beitragsrückerstattung

|  | 2010<br>Euro  | 2009<br>Euro  |
|--|---------------|---------------|
| Stand 1. Januar                                  | 11.505.045,75 | 9.969.998,08  |
| Entnahmen für Gewinnzuschläge in Leistungsfällen | -1.364.759,00 | -1.270.705,00 |
| Entnahmen für Leistungserhöhungen                | -1.145.048,76 | -301.828,73   |
| Zuführung aus dem Überschuss des Geschäftsjahres | 3.106.871,05  | 3.107.581,40  |
| Stand 31. Dezember                               | 12.102.109,04 | 11.505.045,75 |

Davon entfielen zum Ende des Berichtsjahres

|   | Euro         |
|---|--------------|
| a) auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile (für Gewinnzuschläge im Leistungsfall)  | 2.783.220,20 |
| b) auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile und Schlusszahlungen  | -            |
| c) auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge für die Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven   | -            |
| d) auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven, jedoch ohne Beträge nach Buchstabe c  | -            |
| e) auf den Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Finanzierung von Gewinnrenten zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach Buchstabe a  | -            |
| f) auf den Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach den Buchstaben b und e | -            |
| g) auf den Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Finanzierung der Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach Buchstabe c                  | -            |
| h) freie RfB  | 9.318.888,84 |

## D. Andere Rückstellungen

### I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Für die Pensionszusagen, die im Allgemeinen auf Dienstzeit und Entgelt der Mitarbeiter basieren und als unmittelbare Pensionszusagen erteilt wurden, wurden Pensionsrückstellungen gebildet; Deckungsvermögen im Sinne von § 246 Abs. 2 HGB war nicht vorhanden.

Gemäß Übergangsregelung des Art. 67 Abs. 1 Satz 1 und Absatz 2 EGHGB, die für die erstmalige Anwendung der BilMoG Vorschriften in Bezug auf Pensionsrückstellungen gilt, bestand ein noch nicht ausgewiesener Zuführungsbetrag in Höhe von 23.030 Euro.

Bei der Ermittlung der Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden folgende Berechnungsfaktoren angewandt:

|                  | 2010   |
|------------------|--------|
| Rechnungszins    | 5,16 % |
| Renten Anpassung | 2,0 %  |
| Gehaltsdynamik   | 2,5 %  |

### III. Sonstige Rückstellungen

|   | 2010<br>Euro | 2009<br>Euro |
|---|--------------|--------------|
| Kosten für die Jahresabschlussprüfung             | 45.000,00    | 40.365,00    |
| Depotgebühren                                     | 30.000,00    | 30.000,00    |
| Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen | 15.000,00    | 87.250,00    |
| Prozesskosten                                     | 3.600,00     | -            |
| Beitrag zur Berufsgenossenschaft                  | 2.000,00     | 2.000,00     |
| Gehälter und Sozialabgaben                        | -            | 11.000,00    |
|   | 95.600,00    | 170.615,00   |

Die Restlaufzeit aller sonstigen Rückstellungen lag unter einem Jahr.

## E. Andere Verbindlichkeiten

### I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber

#### 1. Versicherungsnehmern

|   | 2010<br>Euro | 2009<br>Euro |
|---|--------------|--------------|
| Beitragsvoraus- bzw. überzahlungen                | 33.111,06    | 43.726,21    |
| Verzinslich angesammelte Gewinnanteile und Zinsen | 57.146,93    | 61.160,16    |
|   | 90.257,99    | 104.866,37   |

## II. Sonstige Verbindlichkeiten

|   | 2010<br>Euro | 2009<br>Euro |
|---|--------------|--------------|
| Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen |              |              |
| aus Gewinnabführung                                 | 100.000,00   | 59.000,00    |
| aus der steuerlichen Organschaft                    | 101.631,73   | 0,00         |
| aus Dienstleistungsverträgen                        | 20.694,89    | 36.599,45    |
| Sozialabgaben, Lohn- und Kirchensteuer              | 9.203,96     | 7.393,45     |
| Verwaltungskosten, Hauskosten                       | 25.478,20    | 4.839,84     |
|   | 257.008,78   | 107.832,74   |

Diese Verbindlichkeiten hatten – wie zum Vorjahresstichtag – eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr. Es bestanden keine sonstigen Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert sind.

## F. Rechnungsabgrenzungsposten

Es handelte sich um Disagien auf Namensschuldverschreibungen, die entsprechend der Darlehenslaufzeit vereinnahmt wurden.

---

## Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

---

### I. Versicherungstechnische Rechnung

#### 1. Verdiente Beiträge

|  | 2010<br>Euro  | 2009<br>Euro  |
|--|---------------|---------------|
| gebuchte Bruttobeiträge                                    |               |               |
| laufende Beiträge  |               |               |
| Beiträge   | 16.526.977,27 | 15.960.158,87 |
| UZV-Beiträge   | 196.420,28    | 190.788,34    |
| Nebenleistungen<br>(Kleinsummen- und Direktzahlerzuschlag) | 17.696,01     | 16.657,89     |
| Einmalbeiträge   | 287.345,54    | 280.143,44    |
|  | 17.028.439,10 | 16.447.748,54 |
| Veränderung der Beitragsüberträge                          | -5.954,98     | -5.172,32     |
|  | 17.022.484,12 | 16.442.576,22 |

Die zur Gänze im Inland erzielten verdienten Beiträge (gebuchte Beiträge) stammten sämtlich aus Einzelversicherungen.

Rückversicherer wurden nicht involviert; der Rückversicherungssaldo war mithin Null.

#### 2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung

|  | 2010<br>Euro | 2009<br>Euro |
|--|--------------|--------------|
| Entnahme für Leistungserhöhungen aus der<br>Überschussverwendung | 1.145.048,76 | 301.828,73   |
|  | 1.145.048,76 | 301.828,73   |

### 3. Erträge aus Kapitalanlagen

|  | 2010<br>Euro | 2009<br>Euro |
|--|--------------|--------------|
| Die gesamten Erträge aus Kapitalanlagen betragen:  |              |              |
| a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen  |              |              |
| aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken davon aus eigener Nutzung 25.845,51 Euro | 54.662,14    | 54.702,96    |
| bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen   |              |              |
| Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere   | 1.605.458,51 | 1.677.518,03 |
| Hypothekenforderungen  | 1.152,79     | 3.819,13     |
| Namenschuldverschreibungen   | 1.050.420,97 | 620.457,02   |
| Schuldscheinforderungen und Darlehen   | 2.980.070,61 | 2.776.644,85 |
| übrige Ausleihungen  | 298.225,00   | 470.427,81   |
| Fest-, Termingelder und Spareinlagen   | 5.773,03     | 8.322,71     |
| Aufwand bzw. Ertrag (Saldo) aus der Auflösung abgegrenzter Disagio- und Agiobeträge  | -35.134,77   | -1.684,74    |
|  | 5.960.628,28 | 5.610.207,77 |
| c) Erträge aus Zuschreibungen  | 141.819,30   | 142.724,13   |
| d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen   | 21.460,00    | 191.146,00   |

Die Erträge aus Zuschreibungen des Geschäftsjahres betrafen eine außerplanmäßige Zuschreibung auf den Wert des Gebäudes in Essen, Lindenallee 72/74, Vereinstraße.

### 4. Sonstige versicherungstechnische Erträge

Die Erträge betrafen im Wesentlichen die Erhöhung noch nicht fälliger Forderungen an Versicherungsnehmer.

### 5. Aufwendungen für Versicherungsfälle

|                                     |              |              |
|-------------------------------------|--------------|--------------|
| a) Zahlungen für Versicherungsfälle |              |              |
|                                     | 2010<br>Euro | 2009<br>Euro |
| Sterbegeldleistungen                | 7.032.615,15 | 6.429.888,26 |
| Leistungen bei Rückkauf             | 1.204.220,41 | 1.062.730,81 |
|                                     | 8.236.835,56 | 7.492.619,07 |

Die Aufwendungen enthielten auch die Regulierungsaufwendungen.

## 9. Aufwendungen aus Kapitalanlagen

In den Abschreibungen auf Kapitalanlagen war eine außerplanmäßige Abschreibung auf den Wert des Grundstücks in Essen, Lindenallee 72/74, Vereinstraße, in Höhe von 161.374,30 EUR enthalten, da nach dem vorliegenden Wertgutachten von einer voraussichtlich dauernden Wertminderung gemäß §253 Abs. 3 Satz 3 HGB auszugehen war.

## 10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen

Hierbei handelte es im Wesentlichen um die Zuführung der Zinsen zu den verzinslich angesammelten Gewinnanteilen.

## II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

### 1. Sonstige Erträge

Es handelte sich um die Verminderung übriger Rückstellungen und Zinsen auf laufende Guthaben.

### 2. Sonstige Aufwendungen

|  | 2010<br>Euro | 2009<br>Euro |
|--|--------------|--------------|
| Zinsen für das Nachrangdarlehen        | 135.560,00   | 135.560,00   |
| Aufwendungen für die Abschlussprüfung  | 45.000,00    | 40.365,00    |
| Aufwendungen für den Aufsichtsrat      | 29.590,00    | 36.825,00    |
| Aufsichtsgebühren                      | 13.498,51    | 2.712,00     |
| Zinsaufwand für Pensionsrückstellungen | 12.300,00    | 7.336,00     |
| sonstige                               | 1.116,23     | 8.856,11     |
|  | 237.064,74   | 232.349,79   |

### 5. Außerordentlicher Aufwand

Aufgrund der geänderten Bewertung der Pensionsrückstellung ergab sich eine Zuführung in Höhe von 1,6 Tsd. Euro. Diese wurden aufgrund der erstmaligen Anwendung von BilMoG gemäß Art. 67 Abs. 7 EGHGB als außerordentlicher Aufwand erfasst.

### 6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Im Berichtsjahr wurde ein Steueraufwand in Höhe von 23 Tsd. Euro ausgewiesen. Die Position enthielt im Wesentlichen Gewerbesteuer des laufenden Geschäftsjahres in Höhe von 58 Tsd. Euro, eine Gewerbesteuerertrag aus 2007 in Höhe von 31 Tsd. Euro, Körperschaftsteuer des laufenden Geschäftsjahres in Höhe von 41 Tsd. Euro, Solidaritätszuschlag des laufenden Geschäftsjahres in Höhe von 2 Tsd. Euro und einen Ertrag aus aktiver latenter Steuer des laufenden Geschäftsjahres in Höhe von 61 Tsd. Euro. Weiterhin war in dieser Position ein Aufwand aus Kapitalertragsteuer und des darauf anfallenden Solidaritätszuschlages in Höhe von 13 Tsd. Euro enthalten.

---

## Überschussbeteiligung

---

Auch im Jahr 2011 wird bei Leistungsfällen (Sterbefällen) zu Versicherungen nach den Sterbegeldtarifen 20 und 30 zusätzlich zum Sterbegeld ein Gewinnzuschlag von 20 % des Sterbegelds einschließlich aller beitragsfreien Erhöhungen aufgerundet auf volle EURO gezahlt.

Bei Versicherungen nach dem Sterbegeldtarif 40 wird bei Todesfällen nach Vollendung des dritten Versicherungsjahres zusätzlich zum Sterbegeld ein Gewinnzuschlag von 20 % des Sterbegelds einschließlich aller beitragsfreien Erhöhungen aufgerundet auf volle EURO gezahlt.

Bei Leistungsfällen aus der Unfall-Zusatzversicherung wird kein zusätzlicher Gewinnzuschlag für die Unfallzusatzversicherung gezahlt. Bei vorzeitigem Erlöschen der Sterbegeldversicherung (Kündigung) entfällt die Zahlung des Gewinnzuschlags zum Sterbegeld.

Gemäß den Vorschlägen des Verantwortlichen Aktuars im versicherungsmathematischen Gutachten wurde ein Betrag von 1.145 Tsd. Euro zur beitragsfreien Erhöhung der Versicherungsleistungen verwendet.

Versicherungen, die am 31.12.2009 und am 31.12.2010 im Bestand sind, erhielten einen Grundüberschussanteil und einen Zinsüberschussanteil.

Bezugsgröße für den Grundüberschussanteil war das versicherte Sterbegeld einschließlich aller beitragsfreien Erhöhungen.

Bezugsgröße für den Zinsüberschussanteil war das Deckungskapital per 31.12.2009 für das versicherte Sterbegeld einschließlich aller beitragsfreien Erhöhungen.

Die Überschussätze betragen im Einzelnen:

| Versicherungen nach den Rechnungsgrundlagen des Tarifs | Grundüberschuss (in %) | Zinsüberschuss (in %) |
|--|------------------------|-----------------------|
| 20 und Geburtsjahr<=1936                               | -                      | 0,40                  |
| 20 und Geburtsjahr>1936                                | -                      | -                     |
| 30   | 0,70                   | 1,25                  |
| 40   | -                      | 1,75                  |

Die Überschussanteile wurden zur Erhöhung der Versicherungsleistung verwendet (Bonussystem). Die Überschusssumme wurde auf volle EURO kaufmännisch gerundet.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat die Unbedenklichkeit bestätigt.

Entsprechend § 153 Abs. 3 des Versicherungsvertragsgesetzes werden die Sterbegeldversicherungen als überschussberechtigte Verträge bei Vertragsbeendigung (Tod oder Kündigung) an den dann vorhandenen Bewertungsreserven der Kapitalanlagen nach einem verursachungsorientierten Verfahren beteiligt.

Die Maßzahl für die Zuordnung der verteilungsfähigen Bewertungsreserven berücksichtigt das Bilanzdeckungskapital und das Überschussguthaben zum letzten Bilanzstichtag, die Anzahl der vollendeten Vertragsjahre und den Vertragsstatus. Ist ein Vertrag anspruchsberechtigt, so erhält er bei Vertragsbeendigung die Hälfte des ihm zugeordneten Anteils an den Bewertungsreserven. Dabei werden die Bewertungsreserven zugrunde gelegt, die zum 1. Börsentag des Vormonats vorhanden waren.

Das Verfahren der Beteiligung an den vorhandenen Bewertungsreserven erfolgt gemäß eines von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigten Geschäftsplans.

---

## Sonstige Angaben

---

### **Anhangangaben nach § 285 Satz 1 Nr. 17 HGB**

Bezüglich der Angaben nach § 285 Satz 1 Nr. 17 HGB über das Abschlussprüferhonorar verweisen wir auf den Konzernabschluss der AXA Konzern AG, in den die RWSt zum 31. Dezember 2010 einbezogen wird.

### **Anhangangaben nach § 285 Satz 1 Nr. 21 HGB**

Wesentliche Geschäfte mit nahe stehenden Personen oder Unternehmen, die nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommen sind, wurden nicht getätigt.

### **Anhangangaben nach § 285 Satz 1 Nr. 24 HGB**

Die Angaben zu Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden in den Erläuterungen zu der entsprechenden Bilanzposition aufgeführt.

### **Anhangangaben nach § 285 Satz 1 Nr. 27 HGB**

Es bestanden keine Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln, aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen sowie Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten.

### **Ergebnisabführung**

Da der im Geschäftsjahr 2010 erwirtschaftete Jahresüberschuss in Höhe von 100.000 EUR aufgrund des Gewinnabführungsvertrages an die WinCom Versicherungs-Holding AG abgeführt wurde, weist unsere Gesellschaft für 2010 einen Bilanzgewinn in Höhe von 90.000 € aus, der ausschließlich auf dem Gewinnvortrag 2009 beruht.

---

## Aufsichtsrat, Vorstand und Treuhänder

---

### Aufsichtsrat

Thomas Gerber (ab 26.04.2010), Vorsitzender,  
Mitglied des Vorstandes AXA Konzern AG, Köln

Herbert Falk (bis 26.04.2010), Vorsitzender,  
Verwaltungsratsvorsitzender DBV Öffentlichrechtliche Anstalt für Beteiligungen, Wiesbaden

Dr. Bernhard Görgens, stellvertretender Vorsitzender,  
Vorstandsvorsitzender Stadtwerke Essen AG, Essen

Martin Bienhaus (bis 11.06.2010)  
Verantwortlicher Aktuar der DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung AG,  
Wiesbaden

Wolfgang Hanssmann  
Mitglied des Vorstandes AXA Konzern AG, Köln

Wolfgang Meyer (bis 11.06.2010)  
Partner DKRP Gesellschaft für Personalmanagement, Essen

Dr. Henning Osthues-Albrecht (bis 11.06.2010)  
Vorstandsvorsitzender i. R. Sparkasse Essen, Essen

Dr. Wolfgang Rollig  
Mitglied der Geschäftsführung VVS Holding Vertriebs- Verwaltungs- u. Service GmbH, Wiesbaden

Gregor Schulz  
Generalbevollmächtigter i. R. Öffentlicher Dienst DBV-Winterthur Versicherungen, Achim

Axel Witte  
Geschäftsführender Gesellschafter RST HANSA GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Essen

### Ehrenvorsitzender/Ehrenmitglieder

Dr. Dieter Leuze (bis 26.04.2010), Ehrenvorsitzender,  
Universitätsprofessor für Verwaltungsrecht, Essen

Edeltraut Beierer (bis 26.04.2010)  
Bereichsdirektorin i. R. DBV-Winterthur Lebensversicherung AG, Wiesbaden

### Vorstand

Jens Hasselbächer (bis 30.09.2010)

Michael Menges, Betrieb, Kapitalanlagen, Versicherungstechnik

Jürgen Nake, Allgemeine Aufgaben, Controlling, Planung, Risikomanagement und Rechnungswesen

Dr. Thilo Schumacher (ab 01.10.2010), Vertrieb

### Treuhänder

Bernd Duscha, Treuhänder, Ltd. Städt. Verwaltungsdirektor a.D.

Peter Volkmer (bis 08.12.2010), stellv. Treuhänder, Ltd. Städt. Verwaltungsdirektor a.D.

Hans Klaas (ab 29.11.2010), stellv. Treuhänder, ehemaliger Abteilungsdirektor und Compliance Officer der National-Bank AG

---

## Persönliche Aufwendungen und Personalbestand

---

### Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen

|   | Geschäftsjahr<br>Tsd. € | Vorjahr<br>Tsd. € |
|---|-------------------------|-------------------|
| 1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft | 948                     | 636               |
| 2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB   | -                       | -                 |
| 3. Löhne und Gehälter   | 426                     | 378               |
| 4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung   | 83                      | 75                |
| 5. Aufwendungen für Altersversorgung  | 22                      | 22                |
| 6. Aufwendungen insgesamt   | 1.479                   | 1.111             |

---

Die Aufwandsentschädigung betrug für die Vorstandsmitglieder 26.100 Euro, für die Mitglieder des Aufsichtsrats 31.090 Euro.

Kredite an Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands bestanden am Bilanzstichtag nicht.

Frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen erhielten Bezüge in Höhe von 8.755,32 Euro. Die für diese Personengruppe gebildeten Pensionsrückstellungen beliefen sich auf 42.658 Euro.

### Personalbestand

Im Berichtsjahr wurden im Durchschnitt 9 Mitarbeiter beschäftigt.

---

## Konzernvermerk

---

### Angaben nach § 285 Nr. 14 HGB und § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG

Nach den vorliegenden Mitteilungen gemäß § 20 Abs. 4 AktG hält die AXA Konzern AG über die AXA Beteiligungsgesellschaft mbH und die WinCom Versicherungs-Holding AG, Köln, die Rechtsnachfolgerin der DBV Holding AG, Wiesbaden, 100 % am Grundkapital unserer Gesellschaft.

Im Verhältnis zur AXA Konzern AG, Köln, sind wir ein Konzernunternehmen im Sinne der §§ 15 ff AktG in Verbindung mit § 18 Abs. 1 AktG.

Die RWSt wird in den Konzernabschluss der AXA, Paris, sowie in den Konzernabschluss der AXA Konzern AG, Köln, zum 31. Dezember 2010 einbezogen. Die AXA, Paris, stellt den Konzernabschluss für den größten Kreis von Unternehmen auf, und die AXA Konzern AG stellt den Konzernabschluss für den kleinsten Kreis von Unternehmen auf. Der Konzernabschluss der AXA, Paris, wird bei der französischen Finanzaufsichtsbehörde in Paris (Autorités des Marchés Financiers) unter RCS (Registre du Commerce et des Sociétés) 572 093 920 hinterlegt. Der Konzernabschluss der AXA Konzern AG wird im elektronischen Bundesanzeiger und im Unternehmensregister des Bundesministeriums für Justiz veröffentlicht. Dieser Konzernabschluss mit dem Konzernlagebericht hat für uns gemäß § 291 Abs. 2 HGB befreiende Wirkung.

Essen, den 16. März 2011

Rheinisch-Westfälische Sterbekasse  
Lebensversicherung Aktiengesellschaft

M e n g e s

N a k e

D r . S c h u m a c h e r

---

## Anlage zum Lagebericht

### Bewegung des Bestands an Sterbegeld- und Zusatzversicherungen im Geschäftsjahr 2010

---

| <b>Sterbegeldversicherungen</b>   |  | <b>Versicherungen<br/>Anzahl</b> | <b>Versicherte<br/>Anzahl</b> | <b>Versicherungssumme<br/>Mio. Euro</b> |
|-----------------------------------|--|----------------------------------|-------------------------------|---|
| I                                 | Bestand am Anfang des<br>Geschäftsjahres | 112.841                          | 102.015                       | 420,1                                   |
| II                                | Zugang während des<br>Geschäftsjahres    |                                  |                               |   |
| 1.                                | abgeschlossene Versicherungen            | 6.447                            | 6.173                         | 31,6                                    |
| 2.                                | sonstiger Zugang                         | 1.931                            | 1.726                         | 5,0                                     |
| 3.                                | gesamter Zugang                          | 8.378                            | 7.899                         | 38,4                                    |
| III                               | Abgang während des<br>Geschäftsjahres    |                                  |                               |   |
| 1.                                | durch Tod                                | 2.508                            | 2.190                         | 7,3                                     |
| 2.                                | Storno                                   | 1.585                            | 1.435                         | 6,4                                     |
| 3.                                | sonstiger Abgang                         | 1.931                            | 1.726                         | 7,1                                     |
| 4.                                | gesamter Abgang                          | 6.024                            | 5.351                         | 20,9                                    |
| IV                                | Bestand am Ende des<br>Geschäftsjahres   | 115.195                          | 104.563                       | 437,7                                   |
|                                   | davon beitragsfreie<br>Versicherungen    | 13.924                           | 11.479                        | 31,5                                    |
| <b>Unfallzusatzversicherungen</b> |  | <b>Versicherungen<br/>Anzahl</b> |                               | <b>Versicherungssumme<br/>Mio. Euro</b> |
| I                                 | Bestand am Anfang des<br>Geschäftsjahres | 86.289                           |                               | 327,6                                   |
| II                                | Bestand am Ende des<br>Geschäftsjahres   | 87.606                           |                               | 340,1                                   |

---

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

---

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Rheinisch-Westfälische Sterbekasse Lebensversicherung AG, Essen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 17. März 2011

PricewaterhouseCoopers  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Alexander Hofmann  
Wirtschaftsprüfer

ppa. Elisabeth zu Waldeck und Pyrmont  
Wirtschaftsprüferin

---

## Bericht des Aufsichtsrats

---

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstandes im abgelaufenen Geschäftsjahr entsprechend den ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben überwacht und sich fortlaufend von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt. Durch regelmäßige Berichte und in zwei Sitzungen wurde er eingehend mündlich und schriftlich gem. § 90 des Aktiengesetzes (AktG) über die allgemeine Geschäftsentwicklung, über grundlegende Angelegenheiten sowie die strategischen Ziele der Geschäftsführung unterrichtet.

Die vom Vorstand beabsichtigte Geschäftspolitik sowie die Lage und Entwicklung der Gesellschaft wurden ausführlich besprochen. Geschäfte und Maßnahmen des Vorstandes, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedurften, sind in den Sitzungen vor der Beschlussfassung vom Vorstand eingehend erläutert worden.

In der Sitzung im April 2010 befasste sich der Aufsichtsrat intensiv mit dem Bericht des Vorstandes über den vorgelegten Jahresabschluss 2009. Der Aufsichtsrat diskutierte weiterhin ausführlich über die weitere Rolle der Gesellschaft im AXA Konzern und den Abschluss der gemeinsamen Absichtserklärung zwischen der Gesellschaft und der DBV Holding AG sowie über die Verkleinerung des Aufsichtsrats. Der Aufsichtsrat befasste sich in der Sitzung außerdem mit dem BaFin-Rundschreiben 23/2009 betreffend Vergütungssysteme im Versicherungsbereich,

In der Sitzung des Aufsichtsrates im November 2010 informierte der Vorstand den Aufsichtsrat über den bisherigen Geschäftsverlauf im laufenden Jahr und gab einen Kurzbericht über die vorläufige Planung 2011. Weiterhin berichtete der Vorstand über die Ergebnisse der Vor-Ort-Prüfung der BaFin und der Prüfung durch die Interne Revision. Des Weiteren erörterte der Aufsichtsrat die Weiterentwicklung der Gesellschaft und die Risikostrategie und stimmte der Festsetzung der Überschussanteile für 2011 zu.

Darüber hinaus hat der Vorsitzende des Aufsichtsrats mit dem Vorstand in zahlreichen Einzelgesprächen geschäftspolitische Fragen sowie die Entwicklung der Gesellschaft behandelt. Über hierdurch zur Kenntnis des Vorsitzenden gelangte wichtige Angelegenheiten wurde der Aufsichtsrat jeweils unterrichtet.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010 sind von der vom Aufsichtsrat zum Abschlussprüfer bestellten PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, geprüft worden. Der Abschlussprüfer hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Jahresabschluss und der Lagebericht lagen dem Aufsichtsrat unverzüglich nach der Aufstellung vor. Ebenso wurde der Bericht des Abschlussprüfers allen Mitgliedern des Aufsichtsrates fristgerecht vorgelegt. Der Abschlussprüfer hat den Prüfungsbericht und das Prüfungsergebnis dem Aufsichtsrat in der bilanzfeststellenden Sitzung zusätzlich mündlich erläutert und Fragen des Aufsichtsrates beantwortet. Der Aufsichtsrat stimmte dem Bericht und den Erläuterungen zu.

Ebenso hat der Verantwortliche Aktuar an den Sitzungen des Aufsichtsrates teilgenommen und diesem die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts zur versicherungsmathematischen Bestätigung ausführlich mündlich dargestellt und Fragen des Aufsichtsrates beantwortet.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht sowie den Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Bilanzgewinns ebenfalls geprüft. Die Prüfung hat keine Beanstandung ergeben. Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss, der damit gemäß § 172 AktG festgestellt ist und schließt sich dem Vorschlag für die Gewinnverwendung an.

Im vergangenen Jahr sind sowohl im Aufsichtsrat als auch im Vorstand Personalveränderungen eingetreten.

Herr Herbert Falk hat sein Amt mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung am 26.04.2010 niedergelegt. In der ordentlichen Hauptversammlung vom 26.04.2010 wurde Herr Thomas Gerber in den Aufsichtsrat gewählt. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung vom 26.04.2010 Herrn Thomas Gerber zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt.

Ferner sind Herr Martin Bienhaus, Herr Dr. Henning Osthues-Albrecht und Herr Wolfgang Meyer im Zuge der Verkleinerung des Aufsichtsrates mit Wirkung zum 11.06.2010 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

Herr Jens Hasselbacher hat mit Wirkung zum 30.09.2010 sein Amt im Vorstand der Gesellschaft niedergelegt. Der Aufsichtsrat hat daraufhin in einer schriftlichen Abstimmung Herrn Dr. Thilo Schumacher mit Wirkung zum 01.10.2010 zum Mitglied des Vorstands bestellt.

Der Aufsichtsrat dankt den ausgeschiedenen Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrates für ihre engagierte und erfolgreiche Arbeit.

Für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit spricht der Aufsichtsrat dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die durch ihre tatkräftige Unterstützung mit zum Erfolg der Gesellschaft beigetragen haben, seinen Dank aus.

Köln, den 04. April 2011

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats

G e r b e r